1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

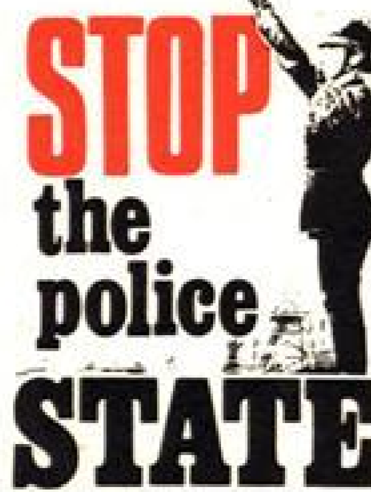
ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 35 vom 31. August 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche



RM-Poster

Dieses Poster (DIN A 2, zweifarbig) ist auf gutem Papier gedruckt beim RM-Verlag zu bekommen.

Zum Solidaritätspreis von 5,— DM incl. Versand, wovon 3,— DM dem Spendenfonds für die streikenden britischen Kumpel zukommen.

Das RM-Poster ist auf den Seiten 6/7 abgedruckt, mehr zur Lage des Streiks und unser Spendenkonto auf Seite 11.

Über 10 Jahre später . . .

Mehr als zehn Jahre ist es jetzt her, daß unser Parteigenosse Günther Routhier in Duisburg von der Polizei erschlagen wurde. Aus verschiedenen organisatorischen Gründen findet eine Veranstaltung, zusammen mit anderen Kräften, die unter Polizeiverfolgung zu leiden hatten und haben, erst jetzt statt (siehe „Pinwand" auf Seite 8).

Die Geschichte des Polizeiüberfalls auf den Arbeitsgerichtsprozeß von Hanfried Brenner war damals bundesweit bekannt, der neuerliche Polizeiüberfall auf die Trauergäste bei der Beerdigung des Genossen Routhier wurde zum Skandal — im Roten Morgen 25•84 haben wir diese Geschichte, die damals genau 10 Jahre her war, nochmals aufgezeichnet. Vertuschung um jeden Preis war in der Folgezeit die Taktik der Polizei und der Landesregierung von NRW. Weder die Akten des K 14 noch die in aller Heimlichkeit stattgefundene Obduktion sollten überprüft werden können. Eine Wiederaufnahme wurde trotz aller im Jahr danach angehäuften Beweise verweigert.

Massenhaft gab es in den Jahren danach Verurteilungen, meist wegen § § 90a „Verächtlichmachung der BRD oder eines ihrer Organe", sieben Ausgaben unserer Zeitung wurden beschlagnahmt.

Der „Fall Routhier" hat Geschichte gemacht. In den Jahren danach ist die Zahl der Menschen, die von der Polizei „in Ausübung ihrer Tätigkeit" erschossen wurden, sprunghaft angestiegen — damals, vor den Zeiten des „deutschen Herbstes" 1977, nach dem man sich an so vieles fast schon gewöhnt hat, was es an Polizeistaatlichem gibt.

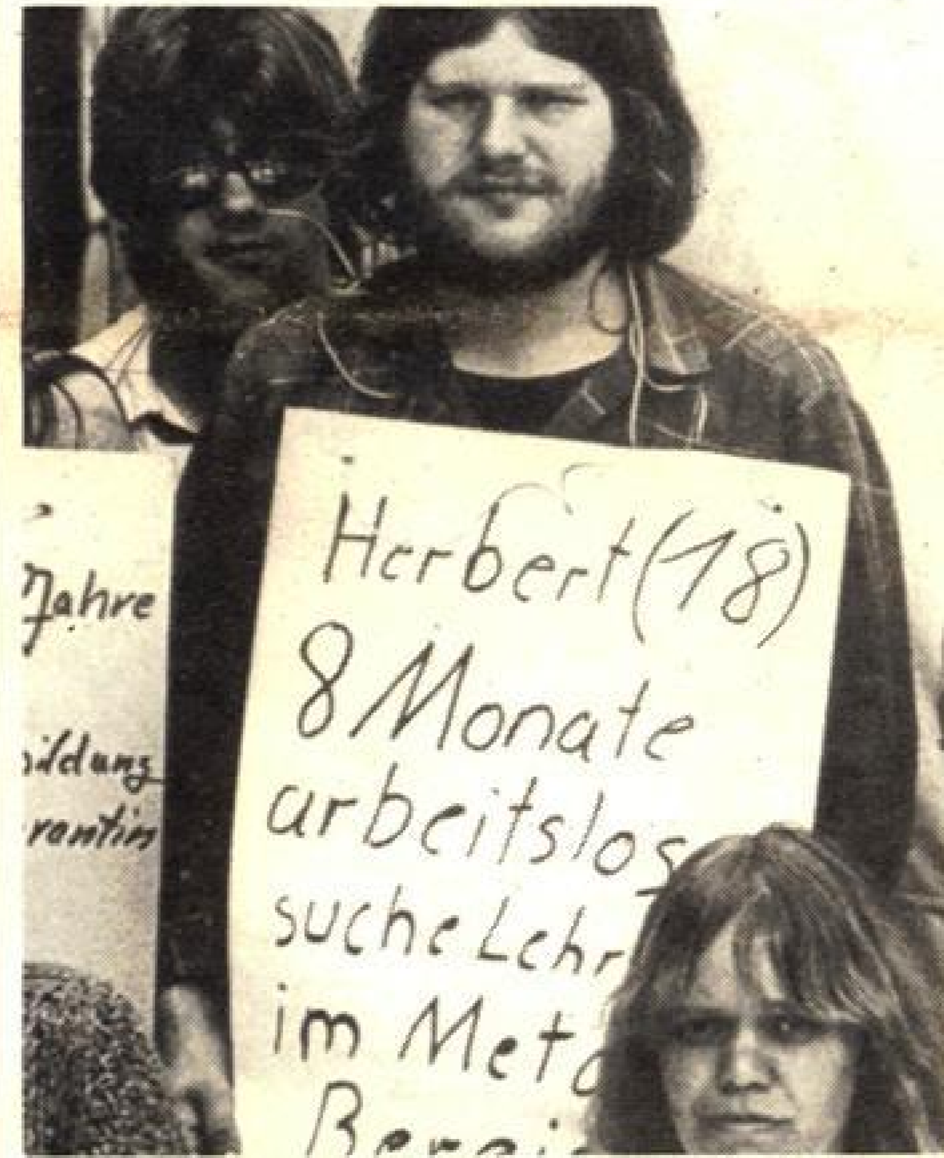
Außer dem Andenken an den Tod eines Genossen bleibt trotzdem immer die Mahnung eines exemplarischen Falles, in dem diese Staatsgewalt gezeigt hat, auf wen sie ausgeht. Ein Fall einer allseitig koordinierten Aktion von Polizei und Presse, Regierung und Justiz. In dem nur mit äußerstem Einsatz im Laufe der Zeit wenigstens ein paar winzige Konzessionen abgetrotzt werden konnten. Deshalb, und eben weil es nicht „Geschichte" ist: Kommt zur Veranstaltung nach Duisburg.

Skandalöse Haltung der Bundesregierung

200 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

Bundesbildungsministerin Wilms (CDU): „Kein Grund zur Dramatisierung"

710000 bis 772000 Jugendliche suchen nach Schätzungen der IG Metall in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz. Zwischen 200000 und 250000 werden ohne Lehrstelle bleiben. Die Bonner Regierung, deren Kanzler bereits im letzten Jahr sein Lehrstellen-Versprechen gebrochen hat, tut nichts, außer beschwichtigende Erklärungen abzugeben und freundliche Appelle an die Unternehmer zu richten.



Dabei ist der Grund für die sogenannte „Lehrstellen-Katastrophe" völlig klar. 90000 Betriebe in der Bundesrepublik bilden überhaupt nicht aus. Relativ am wenigsten Ausbildungsplätze gibt es in den großen Industriebetrieben. Bei den Betrieben mit über 1000 Beschäftigten liegt die sogenannte Ausbildungsquote (Verhältnis der Ausbildungsplätze zur Zahl der Beschäftigten) bei gerade 2 Prozent. Noch vergleichsweise am höchsten liegt diese Ausbildungsquote mit 8,2 Prozent in den Handwerksbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten. Allerdings werden gerade in diesen Kleinbetrieben Auszubildende oft vor allem als billige Arbeitskräfte betrachtet und zudem in Berufen ausgebildet, in denen sie nach der Lehre keine Arbeit finden.

Die Regierung beschwichtigt, verharmlost und appelliert. Als es gegen die Gurtmuffel ging, vertrat die Regierung die Ansicht, Appelle würden nichts nützen, jetzt müßte zur Durchsetzung der Anschnallpflicht ein Bußgeld her. Gilt diese Logik noch? Die zahlreichen Appelle an die Unternehmer, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, haben nichts gefruchtet. Wo bleibt das Bußgeld für die Unternehmen, die der Jugend dieses Landes die Berufsausbildung verweigern?

Aber so darf eine Regierung der Unternehmer den Unternehmern wohl nicht kommen. Bundesarbeitsminister Blüm lehnt eine solche Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbilden, ab. Diese Regierung tut nichts gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit. Unter den vielen Skandalen dieser Regierung der „geistig-moralischen Erneuerung" ist das wohl der größte.

Politische Unterdrückung in Portugal: Wie lange noch?

Otelo seit 60 Tagen im Gefängnis!

Mit dieser Schlagzeile erschien in der letzten Woche „Bandeira Vermelha", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) aus Portugal. Die Willkür herrscht bei diesem zweimonatigen Gefängnisaufenthalt. Der Offizier Otelo Saraiva de Carvalho gilt nicht zu Unrecht als Galionsfigur der Aprilrevolution von 1974. Mitte Juni wurde er verhaftet — wegen seiner politischen Tätigkeit, zusammen mit rund 40 anderen Funktionären der FUP, einer linken politischen Partei, der man pauschal vorwarf, politischer Arm der Stadtguerilla „FP 25" zu sein.



Festgehalten wird er die ganze Zeit, ohne daß ein einziger konkreter Anhaltpunkt genannt, geschweige denn bewiesen wäre — eine Maßnahme, die ausschließlich auf allgemeine Einschüchterung abzielt. Der Mut zum Widerstand gegen eine Regierungspolitik, die ebenso zur Armut der Massen führt, wie die der vorhergehenden konservativen Regierungen, soll gebrochen werden.

Das ganze wurde jetzt abgerundet durch einen Überfall auf das Büro des Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen in Lissabon, mit einer breiten Hetzkampagne der regierenden Sozialistischen Partei gegen alle revolutionären Organisationen, mit einer ganzen Serie von Gesetzen, die die Freiheit in Portugal beschneiden.

Die Forderung „Freiheit für Otelo", die exemplarisch steht als Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen, ist eine der zentralen Losungen des demokratischen und revolutionären Widerstands in Portugal, eine Forderung, die von unserer Partei von ganzem Herzen unterstützt wird.

1. September 1939 — 1. September 1984

45 Jahre nach Hitlers Kriegsbeginn

Jüngste Ereignisse unterstreichen die Notwendigkeit des Antikriegstages. Jedes Jahr am 1. September begehen linke, fortschrittliche und friedliebende Kräfte seit längeren Jahren den Antikriegstag. In diesem Jahr ist es 45 Jahre her, seit Hitlers Armee Polen überfiel und so die Welt in Brand setzte. Jüngste Ereignisse unterstreichen dabei wie wichtig dieser Mahn- und Kampftag ist in der Reihe der Aktionen gegen Kriegsgefahr.

Jüngste Ereignisse — damit ist zum einen gemeint der neueste Plan, der bekannt wurde, an der Grenze zur DDR sprengstoffgeladene Röhren einzubauen. Trotz aller sofortiger Dementis wurde immerhin deutlich, daß damit schon ausführlich experimentiert wurde. Was immer man davon auch halten mag — es ist ein weiterer Beweis dafür, daß die NATO-Strategen alle Möglichkeiten der Kriegsführung prüfen, alle Varianten testen, alle Waffensysteme haben wollen.

Jüngste Ereignisse — damit ist auch die Debatte um die Enthüllung des „New Statesman" gemeint, die britische Thatcher-Regierung habe im Malvinenkrieg kurz vor dem Befehl zum Abschuß von Atomwaffen gestanden. All das und noch viel, viel mehr macht klar, daß diese Leute, die Imperialisten, das große Geld und seine Regierungen weder spielen noch Mätzchen machen, daß sie in der Tat bereit sind, für ihre Interessen die Welt in eine atomaren Kriegsbrand zu stürzen.

Gerade der Antikriegstag, der Jahrestag des Hitler-Überfalls, ist ein Gedenktag daran, daß es sich beim Auslösen von Kriegen um Politik handelt, nicht um Katastrophen und um Technik, sondern um Ziele der herrschenden Klasse. So, wie Hitler die Politik des Finanzkapitals durchführte, so tun dies Reagan, Kohl, Thatcher und wie sie alle heißen.

Aufruf zur TÜRKEI-DEMONSTRATION

Aus Anlaß des 4. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei rufen zahlreiche Organisationen aus der Türkei zu dieser Protestdemonstration auf. Die KPD unterstützt diese Aktion wie zahlreiche andere deutsche Organisationen auch. Wir rufen unsere Genossen und alle unsere Leser aus NRW auf, sich ebenfalls zu beteiligen. Gerade angesichts der besonderen Rolle, die die Bundesregierungen gegenüber der Türkei gespielt haben und spielen, ist es für westdeutsche antiimperialistische Kräfte eine Pflicht, sich daran zu beteiligen. Und speziell für unsere Partei, die sich als Partei aller Arbeiter in der Bundesrepublik gleich welcher Nationalität versteht, ist es erst recht nötig, diese Aktion mitzutragen!

Samstag, 8. September, 10 Uhr, Köln, Ebertplatz

Kommunalwahlen in NRW

Ein reaktionärer Aufmarsch

Möllemann und Worms als Einpeitscher

Ende der letzten Woche fanden die Auftaktveranstaltungen der Bonner Regierungsparteien und der SPD für die Kommunalwahlen in NRW am 30. September statt. Die Tonart, die da von den Möllemann und Worms angeschlagen wurde, zeigte sehr deutlich, daß hier ein reaktionärer Aufmarsch organisiert wird. Im Zentrum des Wahlkampfes steht die angebliche Warnung vor dem „rot-grünen Chaos".

Wäre es nur ein Möllemann persönlich, der solche Thesen verbreitet, könnte man sie in eine Reihe stellen mit seinen sonstigen phantastischen Werbeideen. Aber es ist die ganze Partei, die darauf eingeschworen, darauf ausgerichtet ist. Dabei ist sicher ein Teil parteieigener Überlebenskampf, krampfhafte Profilsuche dabei. Aber eben dieses Profil wird heute ausschließlich in der rechten Ecke gesucht. Alle, die gerne selbst Unternehmer sein oder werden möchten, sollen mit der Politik der absoluten Unternehmerfreiheit für diese FDP mobilisiert werden, wobei es ihr schwerfällt, inhaltliche Unterschiede zur CDU zu zeigen. Deshalb versucht man es in der Tonart.

Höhepunkt dieses Herangehens war die Orgie des Herrn Wickel, seines Zeichens Stellvertreter Möllemanns, der das Programm der Grünen mit Hitlers „Mein Kampf" verglich. In dieser Tonart, sekundiert von der Springer-Presse, vollzog sich der FDP-Auftakt. Das eigene politische Angebot reduziert sich auf Leerformeln wie „Partner des Bürgers", wozu inhaltlich der SPD vorgeworfen wird, sie betreibe an der Ruhr zu wenig Wirtschaftsförderung. Eine Aussage, die nun wirklich mit den Tatsachen nichts gemein hat, schaut man sich die diesbezügliche Aktivität der SPD an.

Ähnlich das Hauptthema auch bei der CDU. „Rot-grün", so ist man mit der FDP einig, verschrecke die Wirtschaft. Die SPD sei schuld daran, daß das Ruhrgebiet in einer desolaten Lage ist, deshalb müsse man eine Wende auch hier schaffen, zuerst in den Kommunen, nächstes Frühjahr dann im Land.

Speziell hat sich die CDU noch eines Themas angenommen, von dem sie sich aufgrund bisheriger Erfahrungen Erfolge verspricht: Der Schulpolitik. Worms Rede war vor allem diesem Thema gewidmet. Leistung müsse wieder zählen, Pflichten müßten wieder genannt werden. Ein ganzes Erziehungsprogramm des Obrigkeitsstaates wurde da aufgeführt, das sich gegen alle Reformen, und mögen sie noch so halbherzig gewesen sein, richtet. Dieses Programm paßt zu den serienweisen Attacken, die die CDU in den Städten gegen die Einführung neuer Gesamtschulen reitet, ein Angriff, vor dem die SPD längst weit zurückgewichen ist. Allen großen Bonner Parteien gemeinsam ist in die-



sem Wahlkampf ihr pochen auf den Umweltschutz. Mögen ihre Worte auch noch so sehr im Widerspruch zu ihren Taten stehen, davon lassen sie sich nicht bekümmern.

Die SPD hat es im Angesicht dieser Offensive der Reaktion schwer. Zu einer wirklich alternativen Politik kann sie sich nicht aufschwingen, da ist die Parteirechte, der Filz und die Profilierungsabsicht als kapitalistische Regierungspartei vor.

Im Gegensatz — versteht sich — zu den Behauptungen von CDU/FDP (die in dem nun wirklich ungerechtfertigten „Vorwurf" gipfeln, die SPD sei die Partei des Klassenkampfes) preist die SPD ihre Politik der Wirtschaftsförderung, der zahllosen Geschenke und Hilfen an die Unternehmer, vom Straßenbau bis zur Kanalisation. Ihre Politik des Rotstifts, der Streichungen, Kürzungen, Gebührenerhöhungen usw. preist sie lieber nicht, sondern schiebt — nur teilweise berechtigt — die Schuld auf die Regierung in Bonn. Die sicher den Rahmen absteckt und eng macht — aber es ist keineswegs so, daß die SPD objektiv keine Möglichkeit hätte, eine wenigstens in Ansätzen andere Politik zu machen.

Die Parteirechten der SPD, nicht zuletzt gruppiert um die Ruhrbürgermeister, um die Gewerkschaftsführungen der IG Bergbau und der IG Chemie, macht nicht nur Front gegen ein mögliches Bündnis mit den Grünen. Sie stoßen auch ins Horn der Geldgeschenke für die Konzerne — was natürlich als Arbeitsplatzsicherung verkauft werden soll. Dazu gehören auch, trotz aller anders lautenden Bekundungen, solche Stahlbetriebsräte wie Kurt Schrade von der Dortmunder Westfalenhütte, der über Zeitung verlauten läßt „wir (!) können keine neuen Leute einstellen". Einmal mehr erweist es sich, daß man mit solch einer Politik keine Front gegen die Reaktion aufbauen kann, selbst wenn es sicher viele SPD-Anhänger wollen. Was ein Bündnis mit den Grünen anbelangt, so beschwören auch die IGBE und die IGCPK „den Untergang". Was wäre unser Land ohne Kohle, fragt die IGBE „Einheit" (und verteidigt dabei nicht nur AKWs sondern eben auch Buschhaus und Co.).

Eine verschärfte Auseinandersetzung innerhalb der SPD-Führung kündigt sich an, nachdem Johannes Rau schon einmal vorsichtig für die Landtagswahl 85 die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Grünen nicht ganz ausschließen wollte. Über den weiteren Verlauf wie auch über andere Aspekte dieser Kommunalwahlen werden wir in den nächsten Wochen berichten.

Rappe reitet wieder ...

IG-Chemie-Führung für Konzerne gegen Umweltschutz

Der Vorsitzende der IG Chemie, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe, hat sich am Wochenende zu Fragen des Umweltschutzes geäußert. Wenig überraschen konnte dabei seine Haltung, mit der er innerhalb der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung um diese Frage sich auf die Seite der IGBE schlägt. Auch sein Argument: Arbeitsplätze.

Seit langem bekannt sind Vorfälle, in denen sich IG-Chemie-Betriebsräte auf die Seite „ihres" Unternehmens stellten, wenn aus der Bevölkerung Kritik an Chemiebetrieben geäußert wurde. Dabei nutzen die rechten Betriebsräte dieselbe falsche Frontstellung „Ökonomie gegen Ökologie" aus, wie es auch die Kapitalisten selbst und auf der anderen Seite bürgerliche Umweltschützer tun.

Dabei sind die Verhältnisse natürlich in der Chemie-Industrie etwas anders als im Bergbau. Dort wird deutlich, daß die Gewerkschaftsführung sehr eindeutig die Interessen der Hauptaktionäre der Kohlegesellschaften mittragen. Hier wäre eine andere Politik, gegen AKWs für Kohle und Umweltschutz durchaus leicht einsehbar — wären da eben nicht die kapitalistischen Interessen der Eigner. Bei der Chemie gibt es ohne Zweifel eine ganze Reihe von Produkten, die überflüssig sind, ist es nicht nur die Frage des regelrecht kriminellen Umgangs mit Restbeständen und Abfallprodukten. Überflüssige Produkte und das nicht nur in der pharmazeutischen Produktion. Und da gibt es auch in ganz besonderem Ausmaß die Frage der gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen — alles Fragen, die für Hermann Rappe hinter der „Sicherheit der Arbeitsplätze" zurückstehen. Wobei er vergißt, darauf hinzuweisen, wie die Personalpolitik der Chemiekonzerne aussieht und etwa dieses Vorgehens des Kapitals als Frage der Sicherheit von Arbeitsplätzen aufzuwerfen ...

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Lambsdorff in Dortmund nicht zu hören

Zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes hatte die Dortmunder FDP ausgerechnet Otto Graf Lambsdorff gebeten, als Kundgebungsredner aufzutreten — und das erwies sich in der Tat als attraktiv ...

Nur wer da angezogen wurde, das dürfte der Dortmunder FDP Riege kaum gefallen haben. Ungefähr 150 Menschen waren da — davon120 Gegendemonstranten. Neben zahlreichen Studenten des Westfalen-Kollegs, die sich im Streik befinden (siehe nebenstehenden Artikel) einer Reihe Mitglieder autonomer Gruppen, waren auch eine Reihe Genossen von KPD und KJD anwesend — lautstark anwesend, wie alle anderen. Mit Kehle und Stimmkraft, mit Trillerpfeifen und Rasseln.

Da gingen die zwei Dutzend Anhänger der FDP unter den restlichen 30 Anwesenden (nicht gezählt eine Wagenladung Gorillas vom Flick-Grafen), vollends unter. Lambsdorffs Rede über „Perspektiven des östlichen Ruhrgebiets" wurde nirgendwo gehört — er hielt sie auch nicht, sondern verlegte sich darauf, die Demonstranten zu beschimpfen.

Insbesondere die Kolleg-Studenten hatten es ihm angetan. Sie demonstrierten vor allem deswegen gegen ihn, weil er der Mann war und ist, der für die Kürzung ihrer Stipendien verantwortlich ist. Vor allem dafür, daß sie im ganzen Monat August keinen Pfennig bekommen. Lambsdorff original: „Keine Mark für solche Leute sollte es geben ..." Ob sein Freund Flick denn jede Mark brauche, war die Antwort — zum Teil von Demonstranten gestellt, die ihm mit 10-Mark-Scheinen winkten, aber er kam nicht.

Die FDP jammerte sehr viel über mangelnde Demokratie, man ließe sie nicht reden. Eine Partei, die jahrelang den Innenminister gestellt hat, den Justizminister stellt, die so wesentlich an Maßnahmen zur Einengung demokratischer Rechte beteiligt war? Die bei jedem Furz, den selbst ein Möllemann läßt, ins Fernsehen kommt? Die hat schon viel zu viel geredet. Zumal was gesagt wurde, eine einzige Hetztirade für noch mehr Unternehmerfreiheit war — aber es verhallte, den Demonstranten sei Dank, ungehört im Himmel.



Lambsdorff Auge in Auge mit den Gegendemonstranten auf dem Alten Markt in Dortmund

Gegen Sozialabbau — Wir wollen unser BAFÖG

Pressemitteilung und Offener Brief an die Bürger Dortmunds von den Studierenden des Westfalen-Kollegs / ZBW

Die hier wiedergegebene Pressemitteilung der Studenten des Dortmunder Westfalen-Kollegs wurde auch anläßlich des Auftritts des Grafen Lambsdorff in Dortmund verbreitet. Sie ist ein Beispiel dafür, was das Ziel der sogenannten Bildungspolitik der Bonner Rechtsregierung ist: Entfernung der Arbeiterkinder aus dem Hochschulbereich. Dabei ist die allmähliche Beseitigung des zweiten Bildungsweges ein Eckstein dieser reaktionären Politik. Und dies eben soll durch eine regelrechte Aushungerungspolitik geschehen. Einen Monat ohne jedes Geld, keine Chance auf einen Job, das ist die Lage. Deswegen zeigte sich unsere Partei nicht nur bei der Aktion gegen Lambsdorff, sondern auch finanziell solidarisch.

In Dortmund ist die Zahl derer, die im August staatlich verordnet hungern sollen, um rund 750 Kollegiaten und Abendgymnasiasten, gestiegen. Ursache hierfür ist die Ende 1982 beschlossene BAFöG-Kürzung. Sie bedeutet für uns, daß wir in diesem Monat weder unsere Miete, Strom, Versicherung noch Nahrungsmittel bezahlen können. Selbstherrlich und menschenverachtend setzten sich die „Herren in Bonn', damit über unsere Grundbedürfnisse hinweg. Statt ihrem Amt gemäß „Politik für die Menschen" zu machen, liegt ihr Interesse eher im eigenen, sowie im Geldbeutel weniger Wirtschaftsbosse.

Millionen von Menschen in der BRD müssen sich einschränken, bzw. hungern, damit eine kleine Clique immer mehr Geld auf ihren Konten horten kann. Wir setzen uns jetzt zur Wehr und verlangen unser BAFöG zurück. Mit dieser Forderung versuchen wir aber auch, einen Zusammenhang zwischen BAFöG-Streichung und Kürzungen in anderen Bereichen des „sozialen Netzes" deutlich zu machen. Dies halten wir für wichtig, da vielen Menschen nicht klar ist, daß es sich bei all diesen Kürzungen (Arbeitslosengeld, Kindergeld ...) um einen Angriff gegen jene handelt, die in dieser Gesellschaft ohnehin benachteiligt sind. Während nämlich die Steuern und anderen Abgaben der Konzerne zu deren Nutzen immer weiter sinken, erhöht sich gleichzeitig die Belastung der großen Mehrheit der Bevölkerung und führt zu ihrer schleichenden Verelendung.

Am 13.08.84 sind wir Schüler des Westfalen-Kollegs in den Streik getreten. Drei Tage später haben wir unsere Schule besetzt. Mit dieser Aktion wehren wir uns gegen die Streichungen und versuchen gleichzeitig, uns gemeinsam im August zu ernähren.

Um auf unsere Situation aufmerksam zu machen, demonstrierten wir bei einem Auftritt des Oberbürgermeisters in Hörde. Daraufhin lud er uns zu einem Gespräch über unsere Situation ein, bei dem er uns zusicherte, daß jetzt auch für uns in Dortmund die gesetzliche Bestimmung der Einzelfallprüfung bei Antrag auf Sozialhilfe angewandt wird. Bisher waren diese Prüfungen pauschal abgelehnt worden. Weiter wurden uns aus dem Feuerwehrfonds von OB Samtlebe und vom Ältestenrat der Stadt insgesamt 16000 Mark zur Linderung der „ersten Not" zur Verfügung gestellt. Diese Gelder werden von uns als Zuschuß für die selbstverwaltete Schulkantine und zur Linderung besonderer Härte im Einzelfall verwandt. Doch diese Geldspende kann nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein, denn sie kommt einer Unterstützung von lediglich 21,33 DM je BAFöG-Empfänger/Monat gleich.

Trotz solcher Unterstützungen bleiben unsere Forderungen gleich. Wir wollen weiterhin das, was uns zusteht. **Unser BAFöG!** Wir betteln um nichts, sondern wir haben — wie schon so oft — gelernt, daß wir unsere Sache selbst in die Hand nehmen müssen und werden dies auch weiterhin tun.

Wir fordern, die Angleichung aller Sozialleistungen an die real gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Eine (noch?) nicht alltägliche Geschichte...

„Arbeitslos und exmittiert, vors Gericht nun zitiert"

Da sitzt er also vor mir. Angeklagt: Wegen Brandstiftung. Name Martin Klein, Alter 21 Jahre, Beruf: Bergarbeiter, nach vier Jahren unter Tage, seit über einem Jahr arbeitslos. In der Wohnung eines Scharnhorster Genossen erzählt er mir seine Geschichte, von der er will, daß sie bekannt wird. Weil er sich ungerecht behandelt fühlt. Zu schwer bestraft für begangene Fehler.

Fehler werden bestraft

Und er hat „Fehler" gemacht. Zum Beispiel: Von sich aus die Arbeit gekündigt. Am Kreislauf hat er es, hatte Angst zusammenzuklappen da unten. Hat die Versetzung über Tage beantragt, nochmal beantragt — nichs. Dann entschloß er sich zu kündigen. Die Werksleitung war sofort einverstanden, wie sollte sie auch nicht. Sein erster Fehler. Denn natürlich, was er nicht wußte: Sperre vom Arbeitsamt.

Noch ein „Fehler": Ratenzahlung. Neue Wohnungseinrichtung, kurz vor der Kündigung hatte er sich eine neue Wohnung gemietet. Guter Verdienst, kein Problem, eben: Ratenzahlung. Nur arbeitslos darf man dabei nicht werden und schon gar nicht mit Sperre.

Ein dritter „Fehler": Er hat auf sein Recht gepocht. In seiner neuen Wohnung. Im Juli 83, als es in Dortmund Katzen regnete, er war zum 1. Mai letzten Jahres eingezogen, da zeigte es sich, daß die Bude keineswegs dicht war — ein Dachschaden. Die Küche samt Einrichtung fast überflutet. Er fordert vom Hausbesitzer die Reparatur am Dach und die Erstattung der Kosten für die Schäden. Hätte er nicht tun sollen. Denn: seitdem hat ihn der Hauswirt auf dem Kieker, sucht nach Anlässen. Und denkt gar nicht daran, seine Pflicht zu tun. Er solle, so sagt er Martin, doch den lieben Gott fragen, ob der ihm alles ersetzt, der hätte ja auch den Regen geschickt...

Wer Fehler macht, wird bestraft, und da erweist sich das viel beschworene soziale Netz ganz schnell als Würgestrick, vor allem eben ohne Arbeit, ohne Geld.

Auf sein Recht pochen, auf seine Gesundheit achten, für die Zukunft planen — alle diese Dinge können heute in dieser kapitalistischen Gesellschaft schon Fehler sein, Fehler von Menschen. Fehler, die nur deswegen welche sind, weil diese ganze Gesellschaft ein Fehler ist.

Das Labyrinth

Das war der Anfang der Geschichte — Sperre beim Arbeitsamt, Krach mit dem Vermieter. Dann fängt sein Weg durch den Irrgarten der Bürokratie an. Das Arbeitsamt zahlt nicht — das Sozialamt auch nicht.

Das Arbeitsamt gibt keinen Vorschuß — das Sozialamt auch nicht. Stattdessen kommt eine Vorladung zum Amtsarzt. Da geht er aus Wut nicht hin. Neue Sperre, wieder kein Geld. Jetzt kommen die VEW (Elektrizitätswerke) — pochen auf sofortige Zahlung, keine Raten, nichts. Strom abgesperrt. Es regelt sich alles wieder, er hat Verwandte, er hat Freunde, hält sich so über Wasser bis die Sperre vorüber ist. Der Ton auf den Ämtern: ausgesprochen unfreundlich, solche Leute machen nur Arbeit, die mag man da nicht.

Und nebenbei läuft immer noch der Prozeß mit dem Hausbesitzer um das Dach. Ein bißchen viel, das alles, vielleicht zuviel.

Ein feiner Herr

Ein feiner Herr ist dagegen der Hausbesitzer, Herr Trippe. Neben diesem gehören ihm noch andere Häuser, eine Blumengroßhandlung in Körne auch.

Er will Martin Klein da raushaben, das ist klar, einer der Ansprüche stellt, hat in seinem Haus nichts zu suchen. (Was für ein wirklich feiner Mensch er ist, sieht man auch daran, daß er jetzt auch Martins Onkel, der seit mehr als neun Jahren dort wohnt, gekündigt hat: Er habe ein Aktfoto an der Wand. Das war der Kündigungsgrund).

Der Prozeß um das Dach kommt so gar nicht zustande. Im Instanzenweg hat ein Blumengroßhändler, der renommierteste Anwaltskanzlei am Ort, (die des früheren Borussia-Vorsitzenden Rauball), beauftragt, den längeren Atem als ein junger Bergarbeiter, der immer wieder überlegen muß, was denn das nun schon wieder für ein Wisch ist, den er da besorgen muß. Zumal sein eigener Anwalt aufgrund des Schriftverkehrs, den er mir zeigt, vor allem am Anspruch Martins auf Prozeßkostenhilfe interessiert ist. So endet die Geschichte mit dem Dach, aber keineswegs wie das Hornberger Schießen. Die nächste Runde wird eingeläutet, als die zweite Zahlungssperre vom Arbeitsamt kommt. Denn damit verzögert sich auch erneut die Mietzahlung. Und dann läßt der feine Herr die Räumungsklage los. Keine Chance für ein friedliches Übereinkommen. Ein bißchen viel das alles, wie gesagt, endgültig zuviel. Martin nimmt 36 Schlaftabletten. Seine Freundin findet ihn, Krankenhaus, Schlauch rein, auspumpen, entlassen.

Der Gerichtsvollzieher kommt, die Räumungsklage soll vollstreckt werden — denn das Dortmunder Amtsgericht hat, natürlich nicht im Namen Herrn Trippes, sondern „des Volkes" für den Hausbesitzer positiv entschieden.

Und jetzt dreht Martin Klein durch: Nein, er haut Herrn Trippe keinen auf die Nuß, er stürmt auch nicht ins Arbeitsamt, er zündet seine Wohnung an, seine neuen Möbel. Schwere Brandstiftung heißt die Anklage, die nun gegen ihn vorliegt, Pflichtverteidiger vom Gericht benannt.

Sicher der einzige Fehler, den man ihm wirklich vorwerfen kann. Aber vor dem ganzen Hintergrund der Geschichte, die sich über ein Jahr lang hingezogen hat, in immer wiederkehrenden Hochs und Tiefs, mit immer neuen Hindernissen so weit weg von der Vorstellung nun auch nicht.

Erst arbeitslos, dann aus der Wohnung geworfen, nun vor Gericht — der rasante soziale Abstieg eines jungen Arbeiters, der noch im Mai 1983 problemlos in die Zukunft blicken zu können schien...

Am Ende?

Nein, am Ende scheint er noch lange nicht zu sein. Er will einen Anwalt, der ihm eine Chance verschafft. Er will, daß die Dinge, die ihm passiert sind, an die Öffentlichkeit kommen. Er will sich wehren. Er will kein armes Opfer der Gesellschaft sein, sondern Mensch bleiben. Für das Anzünden eine Strafe — okay, aber seht auch die Umstände.

Und vor allem: Deswegen nicht die ganzen anderen Sachen vergessen, das Arbeitsamt, das Sozialamt, den Hausbesitzer. Er will reden, diskutieren über die Zustände in dieser Gesellschaft, will handeln. Und damit hat er recht — sage nicht nur ich ihm. Man wird das an die Öffentlichkeit bringen, nicht nur in dieser Zeitung.



Martin Klein, 21

Es bleiben aus der Unterhaltung doch ein paar Dinge, die eigentlich immer wieder bleiben, wenn man mit Menschen reden die in die Mühlen des Apparats gekommen sind, unter die Willkür der Besitzenden.

Wie wahnsinnig es ist, die Frage der Arbeitslosigkeit immer nur in Millionenzahlen, in Statistiken zu behandeln, anstatt zu sehen, daß es sich bei jedem einzelnen um einen Menschen handelt. Und daß dieser Fall von Martin Klein, auch wenn er extrem sein mag, keineswegs ein absoluter Einzelfall ist — schon gar nicht was die Umstände anbelangt. Er hofft, daß sich auf eine Verbreitung in der Öffentlichkeit hin noch andere aus seinem Stadtteil melden, denen es vielleicht ähnlich erging, „damit man mal etwas zusammen machen kann".

Oder, was auch als Überlegung im Kopf ist: Was muß so ein Richter eigentlich für ein Mensch sein, der solch ein Hausbesitzer-Urteil sicher ohne leisesten Selbstzweifel „im Namen des Volkes" erläßt. Klassenjustiz im Alltag. Mit der Hilflosigkeit der normalen Menschen wird da viel gearbeitet.

Oder auch dies: Wie selbstherrlich solch ein Teppichhändler oder Blumengrossist auftreten kann, wenn er über Wohnraum verfügt, sein Geld darin angelegt hat. Was für eine Gesellschaft das ist, in der auch die Wohnung eine Ware ist...

Amtsgericht

Geschäfts-Nr.: 120 C 340/84

Im Namen des Volkes

~~Anerkenntnis~~ - Versäumnis- - Urteil

In dem Rechtsstreit
Hans Trippe, Körner Hellweg 100, 4600 Dortmund 1,

Kläger

- Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwalt Tempel, Dortmund,

gegen
Martin Klein, Westholz 32, 4600 Dortmund 14,

Beklagte

- Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwalt ./.

hat das Amtsgericht Dortmund
im schriftlichen Verfahren nach Lage der Akten am 3.5.1984
durch den Richter am Amtsgericht Borgdorf
für Recht erkannt:

Der Beklagte wird verurteilt,
die von ihm innegehabte Wohnung im Hause des Klägers, Westholz 32, 4600 Dortmund 14, Wohnung-Nr. II, bestehend aus einem Raum, einer Küche, einem Korridor sowie einer Toilette sofort zu räumen und an den Kläger herauszugeben.

Die Kosten des Rechtsstreits werden de... Beklagten auferlegt.
Dieses Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Borgdorf

Beschluß

Die zu erstattenden Kosten ... darunter ... DM Gerichtskosten - werden auf ... DM nebst 4 % Zinsen seit dem ... festgesetzt.

Vorstehende Ausfertigung wird d... Kläger zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.

Rechtspfleger

Ausgefertigt

„Im Namen des Volkes" erließ das Dortmunder Amtsgericht dieses Räumungsurteil, das doch nur im Namen des Hausbesitzers gefällt wurde...

(Korrespondenz aus Hamburg)

Was macht man mit unseren Kindern — Was tun wir für unsere Kinder?

„Jedoch der aufgeklärteste Teil der Arbeiterschaft versteht vollständig, daß die Zukunft seiner Klasse und damit die der Menschheit durchaus von der Ausbildung der werdenden Generation abhängt."
Karl Marx*

Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung sind Ausgebeutete, sind Unterdrückte. Die herrschende kapitalistische Klasse hält sich nur auf Grund der Anwendung der brutalsten Gewaltmittel an der Macht. Diese sind vor allem: Polizei, Militär und auch Teile des Beamtenapparates. Darüberhinaus verfügt sie noch über ein raffiniertes System der Erziehung, durch das nicht nur die Erwachsenen und die Jugend, sondern vor allem die ganze Masse der Kinder erfaßt wird. Das System der Erziehung ist für die Bourgeoisie eines der wichtigsten Mittel zur Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Alle Schulen und Bildungseinrichtungen sind Hochburgen gegenrevolutionärer Propaganda und Dressur, sind Instrumente der bürgerlichen Klassenherrschaft. Die Bourgegeoisie will und kann nicht darauf verzichten, die Schule für ihre Zwecke auszunützen, so wenig sie auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse verzichten kann.

Die Lehre, daß die Schule eine Angelegenheit der Pädagogen sei, ist ein Mittel der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeiterklasse von ihren Aufgaben an dieser Stelle abzulenken. Die Arbeiterschaft hat lange genug an diese Lüge geglaubt und ist ihr lange genug gefolgt. Nein, die Schule ist nicht Sache der Pädagogen, sie ist eine Angelegenheit der gesamten Gesellschaft, und wie es für uns selbstverständlich sein sollte, vor allem eine Sache der Arbeiterschaft selbst. Diesen Gedanken zu verbreiten ist das erste, was wir tun müssen, um das Augenmerkt und das Interesse der Arbeitereltern auf diesen Punkt zu lenken.

„Was macht man mit unseren Kindern?" — das muß eine Frage sein, die sich jeder Arbeiter-Vater und jede Arbeitermutter ständig vorlegt und zu beantworten sucht, nicht als „braver Staatsbürger", der das schluckt, was der Vater Staat ihm zuwirft, und auch nicht allein als Versorger der Familie, der darauf bedacht ist, durch den Lohn, den die Kinder einmal nach Hause bringen werden, das Einkommen der Familie zu vergrößern. Sie sollen es vielmehr tun als proletarische Klassenkämpfer, die darauf bedacht sind, allen Waffen die Spitze abzubrechen, mit denen der Klassenfeind versucht, die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu brechen; die darauf bedacht sind, im Proletariat selbst mehr und mehr die Kräfte zu entwickeln, die es befähigen, sein Schicksal selbst zu gestalten und die Herrschaft zu übernehmen.

Wie sollen die Eltern ihr Kind fragen, wenn es aus der Schule kommt? — Nicht: „Hast du deine Aufgaben gekonnt? Hast du auch keinen Tadel bekommen?" Was sollen sie ihnen zur Schularbeit sagen? — Nicht: „Mach, daß du an die Arbeit kommst! Sieh bloß zu, daß du die Strafarbeit fertig kriegst, sonst geben wir dir noch mehr dazu!" Vielmehr sollen sie fragen: „Was hat der Lehrer euch heute erzählt?" Und wenn das Kind berichtet: „Vom Kaiser Wilhelm, vom Führer, vom lieben Gott, vom Ruhm des Vaterlandes, vom fleißigen Arbeiter, der es zum Unternehmer gebracht hat", dann sollen sie mit ihrem Kinde selbst sprechen, was es mit diesen Dingen auf sich hat. Und wenn das Kind mit Hausaufgaben überhäuft ist und noch Strafarbeiten dazu hat, wenn es unnütze Sachen wie die zehn Gebote auswendig lernen soll oder hundertmal abschreiben soll: „Ich bin ein Trampeltier", dann können die Eltern ihm sagen: „Das machst du nicht, wir geben dir was besseres zum Lernen, und für morgen bekommst du einen Zettel mit an den Lehrer, daß er diesen Unsinn bleiben läßt."

Gewiß, das ist eine Auflösung der Schuldisziplin, eine Zerstörung jener Einheitlichkeit im Schulunterricht, die zu einer „erfolgreichen" Durchführung notwendig ist. Aber vergessen wir nicht, wir haben es mit einer feindlichen Schule zu tun, die zum überwiegenden Teil in den Händen von offenen Konterrevolutionären ist. Und was wir zu tun haben, ist, den Klassenkampf in die Schule zu tragen, den Klassenkampf um die Kindererziehung, dessen Resultat sein wird der Übergang der Erziehung der Arbeiterkinder aus den Händen von Spezialisten, die im Dienste der herrschenden Klasse stehen, in die Hände der Arbeiterschaft selbst.

Es ist jedoch nicht möglich, diesen Kampf individuell und einzeln zu führen. Es ist nicht möglich, daß die Arbeitereltern allein in allen Fragen, die ihnen einzeln durch ihre Kinder nahegebracht werden, den richtigen Weg zu finden. Zusammenschluß der an dem Schicksal ihrer Kinder interessierten Eltern zur Besprechung aller in Frage kommenden Angelegenheiten und die leitende Beeinflussung dieser Elternvereinigung durch die fortschrittlichsten Eltern ist ein unbedingtes Erfordernis. Die Elternräte bzw. Elternbeiräte sind die gegebene Form des Zusammenschlusses. Diese führen die Eltern derselben Schule zusammen und ermöglichen es ihnen, gegen die konterrevolutionären Handlungen der Spezialisten der betreffenden Schule einheitlich vorzugehen. Aktive Beteiligung an den Eltern(bei)räten, das ist der erste Schritt, den die Arbeitereltern tun können, um sich darauf vorzubereiten, die Schule den bürgerlichen Spezialisten zu entreißen; und es ist zugleich ein wichtiger Schritt, um in der Gegenwart den Kindern den Weg zum Übergang in die Arbeiterorganisationen zu erleichtern und ihrer Entfremdung von der großen Sache des Klassenkampfes entgegenzuarbeiten.

Deshalb werden alle Leser des „Roten Morgen" mit schulpflichtigen Kindern aufgefordert, sich an den in diesen Tagen stattfindenden Eltern(bei)ratswahlen aktiv zu beteiligen und nicht der Reaktion die Elterngremien zu überlassen.

***Aus den „Instruktionen an die Delegierten des provisorischen Generalrats zu einzelnen Fragen"; Karl Marx und Friedrich Engels über die Gewerkschaften, Berlin 1953, S. 118.**

Kommentar

Massive Angriffe auf das Streikrecht

Im Herbst steht die Tarifbewegung für den öffentlichen Dienst an. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hat auf dem ÖTV-Kongreß, der die Abwehr der von der Regierung angestrebten Nullrunde und die 35-Stunden-Woche als vorrangige Ziele der Tarifbewegung festlegte, sinngemäß erklärt, diese Ziele seien ohne Arbeitskampf wahrscheinlich nicht durchsetzbar.

Wenn es, was nicht unwahrscheinlich ist, zu Streiks im öffentlichen Dienst kommen wird, wird es mit Sicherheit auch zu einer schrillen Hetzkampagne der Reaktion und zu massiven Angriffen des Staates auf das Streikrecht kommen. Nicht zuletzt deshalb erscheint es notwendig, daß bei der Auswertung der Tarifbewegung in der Metall- und Druckindustrie nicht unter den Tisch fällt, wie massiv in diesen Tarifbewegungen Kapital, Regierung, Gerichte, Polizei und Massenmedien das Streikrecht angegriffen haben.

Um mit der reaktionären Anti-Streik-Propaganda zu beginnen. Die Bourgeoisie behauptet stets die Schädlichkeit von Streiks (der Aufschwung wird kaputtgestreikt). Darum geht's in diesem Zusammenhang weniger. Es geht darum, daß die reaktionäre Propaganda in den Massenmedien ganz gezielt die Legitimität von Streiks als gewerkschaftliches Kampfmittel infragestellte:

• Etwa mit der Demagogie, daß Urabstimmungen der Gewerkschaftsmitglieder undemokratisch seien, weil unter Umständen eine Minderheit der Belegschaft der Mehrheit den Streik aufzwingen könne.

• Etwa die massive Kampagne gegen die IG Druck & Papier, in deren Verlauf sich Lambsdorff, einen Rattenschwanz von Kapitalistenfunktionären und Presseschreibern hinter sich herziehend, zum Oberrichter über den angeblich undemokratischen Charakter der IG-DruPa-Satzung aufschwang.

• Etwa der Ruf nach einem Arbeitskampfrecht, weil insbesondere die sogenannte flexible Streiktaktik der IG Druck & Papier verboten gehöre.

Wenn die Unternehmerpresse, die Unternehmerverbände und Regierungsmitglieder räsonnieren, daß etwas eigentlich verboten gehört, dann muß man sich nicht wundern, daß die Polizei eingesetzt wird, um die Streikwirkung möglichst zunichtezumachen. Massive Polizeieinsätze, zum Teil von mehreren Hundertschaften, um die Auslieferung der von Streikbrechern hergestellten Zeitungen gegen die Streikposten durchzusetzen, waren im Streikkampf der Drucker nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Infolge der neuen Technik können relativ wenige Streikbrecher eine Notausgabe erstellen — den Rest erledigt die Polizei.

Nicht als ihre Aufgabe betrachtet es dagegen die Polizei, die Streikposten vor Amokfahrern zu schützen. In Darmstadt und in Stuttgart wurden Streikposten von Transportfahrern schwer verletzt. Zufall war das nicht, sondern Auswirkung der Unternehmerstrategie im Druck-Streikkampf, den Streik auch mit aggressivsten Mitteln zu brechen. In Frankfurt organisierte die Geschäftsleitung des Druckhauses Neu-Isenburg 60 Streikbrecher zu einer regelrechten Truppe, mit deren Hilfe sie die Auslieferung der „Frankfurter Rundschau" und der „FAZ" gegen die Streikposten gewaltsam durchsetzen wollten. Diese Streikbrechertruppe kam nur deshalb nicht zum Einsatz, weil Gewerkschafter davon Wind bekommen hatten und per Rundruf eine ausreichende zahlenmäßige Überlegenheit herstellen konnten.

Schließlich konnten sich die Kapitalisten in ihrem Kampf gegen die Streikposten der reaktionären Gerichte bedienen. Was sich schon in Gerichtsurteilen nach den Streiks 1979/80 (Stahl und Druck) andeutete, daß den Streikposten jedes wirksame Vorgehen gegen Streikbrecher unmöglich gemacht werden soll, setzte sich fort: unter Androhung von Strafen, die zum Teil mehrere Hunderttausend Mark betrugen, gegen die IG Metall und die IG Druck & Papier wurden die Streikposten gezwungen, die Eingänge bzw. Zufahrten zu den Betrieben freizuhalten.



Polizeieinsatz gegen DruPa-Streikposten Ende Mai in Köln

Organisiert wie kaum je zuvor setzten die Kapitalisten die kalte und heiße Aussperrung gegen den Streik ein. Insbesondere die an keine Verhältnismäßigkeitsregel gebundene kalte Aussperrung wurde von den Kapitalisten so ausgedehnt wie niemals zuvor, unterstützt von dem Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit, an die kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Die zurückliegenden Streiks haben die Bedeutung der kalten und heißen Aussperrung als Kampfmittel der Unternehmer gegen das gewerkschaftliche Streikrecht sehr deutlich gemacht und das müßte eigentlich dazu führen, daß aus den Gewerkschaften heraus die Gesetzesinitiative der Grünen zum Verbot der Aussperrung massive Unterstützung findet.

Die Streiks in der Metall- und Druckindustrie haben deutlich gezeigt, daß Kapital und Reaktion das Streikrecht immer weiter einschränken wollen und daß die Verteidigung des Streikrechts eine vorrangige Aufgabe aller Gewerkschafter und Demokraten ist. Die kommende Tarifbewegung im öffentlichen Dienst wird, wenn es zu Streiks kommt, mit Sicherheit eine Verschärfung dieser Angriffe auf das Streikrecht bringen. Wenn schon der Streik der Drucker als Angriff auf die Pressefreiheit und damit tendenziell zum Fall für den Verfassungsschutz erklärt wurde, kann man sich vorstellen, wie die Reaktion bei Streiks im öffentlichen Dienst versuchen wird, das berühmte „Allgemeinwohl" gegen das Streikrecht in Stellung zu bringen.

HDW / Kiel

Die 38,5-Stunden-Woche verkaufen?

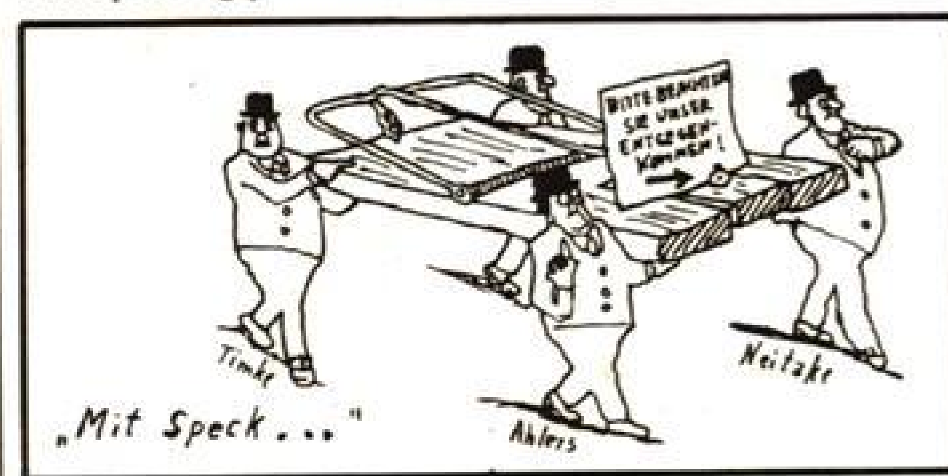
Wie im „Roten Morgen" bereits berichtet, weigert sich HDW bislang, die tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen von 3,3 Prozent und von 2 Prozent ab April '85 auf die 100 Prozent des Programmlohns zu zahlen. Jetzt versucht der HDW-Vorstand über die Lohnfrage den Betriebsrat zu erpressen, eine Betriebsvereinbarung über die Arbeitszeitverkürzung abzuschließen, von der selbst der IGM-Ortsverwaltungsvorsitzende Alfred Prezewowski auf einer Vertrauensleuteversammlung sagte: „Das ist nicht mal ein fauler Kompromiß, sondern gar keiner."

Der HDW-Vorstand hat durchblicken lassen, daß eventuell die Lohnerhöhung auf die 100 Prozent gezahlt würde, wenn der Betriebsrat folgender Vereinbarung über die Arbeitszeitverkürzung zustimmt: eine Frühstückspause von 15 Minuten, die bei HDW zum Gewohnheitsrecht geworden ist, ohne tariflich oder durch Betriebsvereinbarung abgesichert zu sein, soll nun auf die 1,5 Stunden Wochenarbeitszeitverkürzung angerechnet werden. Das würde nach Vorstandsrechnung bereits 75 Minuten der insgesamt 90 Minuten Arbeitszeitverkürzung pro Woche ausmachen. Am Freitag soll 15 Minuten früher Schichtschluß sein, womit dann nach Auffassung des Vorstandes die 1,5 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche verwirklicht wären. Die jetzige effektive Arbeitszeit bei HDW würde also nur um 15 Minuten verkürzt. Parallel dazu ist der HDW-Vorstand offenkundig bestrebt, die Vorgabezeiten zu kürzen, also die Arbeitshetze zu verstärken.

Obwohl es dem HDW-Vorstand also offensichtlich darum geht, die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung für HDW unwirksam zu machen, fanden sich unter den IGM-Betriebsräten offensichtlich doch einige, die betriebsborniert genug waren, auf dieses „Angebot", die 38,5 Stunden gegen die Lohnerhöhung auf den hundertprozentigen Programmlohn einzutauschen, eingehen zu wollen. Jedenfalls bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen im Betriebsrat eine Kommission zur Verhandlung über das Erpressungspaket gebildet.

Diese bornierte extreme Sozialpartnerschaftspolitik erlitt aber auf einer Vertrauensleuteversammlung am 16.8. eine klare Abfuhr. Die Vertrauensleute forderten den Betriebsrat und die Verhandlungskommission eindeutig auf:

• Keine Verhandlungen über das Erpressungspaket!



• Nur noch über die 3,3 Prozent und die 2 Prozent (ab April 85) auf 100 Prozent des Programmlohns verhandeln!

Von vielen Rednern wurde eine sofortige Betriebsversammlung gefordert. Die Stimmung war eindeutig gegen einen Ausverkauf der Arbeitszeitverkürzung.

Trotzdem versuchte die alte Garde der rechten Betriebsräte auf der Betriebsratssitzung am Tag darauf, im Betriebsrat eine Mehrheit für die Verhandlungen mit dem HDW-Vorstand über das Erpressungspaket zu erreichen. Diesmal aber stellte sich die Mehrheit der Betriebsräte dagegen und unterstützte die Beschlüsse der Vertrauensleute. Der Betriebsrat beschloß mehrheitlich, am 29.8. eine Betriebsversammlung durchzuführen und ein Betriebsrats-Info zu dieser Frage herauszugeben.

Jetzt geht es auf HDW darum, für die Durchsetzung der Lohnerhöhung in voller Höhe zu kämpfen. Der Kurs des HDW-Vorstandes ist klar: er will so lange die tariflichen Lohnerhöhungen nicht auf den 100-Prozent-Programmlohn zahlen, bis das Lohnniveau auf HDW auf den Tariflohn gesunken ist, wie es jetzt schon bei vielen mittleren Werften der Fall ist.

„Das Bollwerk", die Betriebszeitung der KPD für HDW, hat errechnet, daß die jetzigen Lohnraubpläne des Vorstandes für die Kollegen je nach Lohngruppe eine Einbuße um die 5000 Mark brutto bis April 86 bedeuten würde.

Zur Beurteilung der Stimmung in der Belegschaft schreibt uns ein Genosse von HDW: „Auch wenn die Stimmung in der Belegschaft eindeutig gegen den Ausverkauf der 38,5-Stunden-Woche ist, für die Durchsetzung der Lohnerhöhung auf 100 Prozent Programmlohn muß noch mobilisiert werden. Ein einheitliches Vorgehen aller klassenbewußten Gewerkschafter ist notwendig, um die Belegschaft geschlossen in den Kampf zu führen. Deshalb wurde von Warnstreiks, die in einigen Bereichen schon am Freitag (17.8. — RM) möglich waren, vorerst abgesehen. Nur gut organisiert und geschlossen werden wir den notwendigen Druck machen können!"

IG Bau-Steine-Erden

Keine Frau am Bau?

Die IG Bau-Steine-Erden hat sich gegen die im Entwurf des neuen Arbeitsgesetzes vorgesehene Möglichkeit gewandt, daß künftig auch Frauen auf Baustellen arbeiten können. Es gibt wahrhaftig viele Gründe, gegen den Entwurf des neuen Arbeitsgesetzes zu sein. Offensichtlich gibt es aber auch zumindest einen saublöden.

Das für Sozialpolitik zuständige Bundesvorstandsmitglied, Erwin Kastleiner, erklärte, die IGBSE befürchte, daß „der besondere Arbeits- und Gesundheitsschutz für Frauen unter die Räder komme".

Nun ist wohl richtig, daß es der Wenderegierung mit ihren sogenannten Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor allem um den Aufbau von Schutzrechten der Arbeiter und Angestellten geht. Unstrittig ist aber auch, daß die Auffassung, daß Frauen prinzipiell weniger belastbar sind als Männer, wenig mit medizinischen Erkenntnissen, aber viel damit zu tun hat, daß es nach landläufigen Vorstellungen schlimm ist, wenn Frauen arbeitslos sind, als wenn Männer ohne Arbeit sind. Natürlich läßt sich das für den Bau noch relativ leicht verkaufen, weil jeder gleich ein Bild vor Augen hat, daß zentnerschwere Zementsäcke die Gerüste hochgeschleppt werden, was auch die Belastbarkeit der meisten Männer eindeutig übersteigt.

Was aber spricht gegen Bauschlosserinnen, Zimmerfrauen usw.?

Kastleiner befürchtet, daß „wegen der beschränkten Verwendungsmöglichkeiten für Frauen auf dem Bau Leichtlohngruppen mit vermindertem Lohnanspruch geschaffen würden. In der Praxis würde den Frauen dann doch die gleichen Leistungen abverlangt wie den Männern."

Gegen die reale Gefahr solcher Leichtlohngruppen müßte man in der Tat kämpfen. Leider ist die IGBSE normalerweise nicht besonders empfindlich, wenn es darum geht, den Umstand, daß Frauen bei schwerer Arbeit miserabel bezahlt werden, mannhaft zu ertragen. Man denke etwa an die in der IGBSE organisierten Putzfrauen.

Letztlich sorgt sich Erwin Kastleiner wohl doch mehr um die Gesundheit der Frauen. Schon nach relativ kurzem Einsatz müsse mit Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gerechnet werden.

Aus betroffenen Frauenkreisen ist zu hören, daß ernsthafte Bedenken dagegen bestehen, auch weiterhin hauptsächlich Männer als höhere Gewerkschaftsfunktionäre zu beschäftigen, da erfahrungsgemäß schon nach kurzem Einsatz mit Gehirnausfällen gerechnet werden müsse.

Kurz informiert

Lohndrückerei durch Abschaffung des Leistungslohns

Die August-Ausgabe von „Klassenkampf", Zeitung der KPD für die Bayer-Belegschaft, greift in dem Hauptartikel die Pläne des Vorstandes an, durch die Abschaffung des Leistungslohnes Lohnkürzungen von möglicherweise einigen Hundert Mark vorzunehmen. Die Genossen schreiben: „Bayer startet mit der Kündigung des Akkords einen Generalangriff auf unsere Löhne und Gehälter. Jetzt ist es der Akkord, wenn dann der vom Tisch ist, geht es an den Übertarif der Zeitlöhner und Angestellten. Die Bayer-Herren wollen den ganzen „Übertarifklimbim" weghaben."

Veto vom Kartellamt

Gegen die geplante Übernahme von mehr als einem Drittel des stimmberechtigten Kapitals der Ruhrkohle AG durch einen gemeinsamen Pool der VEW und der Westdeutschen Landesbank (als Treuhänderin des Landes NRW) hat das Bundeskartellamt sein Veto eingelegt. Das Kartellamt gab als Begründung an, daß die Ruhrkohletochter STEAG, wie VEW Stromerzeuger, damit als Konkurrent ausgeschaltet würde. Mag ja sein. An dem Kern des Problems wird sich durch den Spruch des Bundeskartellamtes nichts ändern: die Neuordnung der Besitzverhältnise bei der Ruhrkohle AG soll zur Vorherrschaft der Stromindustrie führen, deren Interessen nicht im Erhalt des Steinkohlebergbaus liegen, sondern vor allem im Kernkraftgeschäft.

Solidarisch mit den britischen Bergarbeitern

Der Landesverband Saar unserer Partei hat in zwei Flugblättern zur Solidarität mit dem Kampf der britischen Bergarbeiter aufgerufen. Unter Genossen, Freunden und Kollegen wurden 500,— DM für die britischen Kumpels gesammelt. Ein Genosse ist zur Zeit in Dover, um diese Solidaritätsspende und eine Solidaritätsadresse bei er NUM, der britischen Bergarbeitergewerkschaft, zu übergeben.

20000 Überstunden pro Woche

Der Betriebsrat der Heidelberger Druckmaschinen AG hat eine Betriebsvereinbarung unterschrieben, derzufolge die 2800-köpfige Belegschaft bis zum Jahresende pro Woche 20000 Überstunden zu leisten hat. Damit soll der Produktionsausfall durch den Arbeitskampf zu 60 Prozent wieder hereingeholt werden. Dafür werden von dem Unternehmen nur 100 Kolleginnen und Kollegen neu eingestellt, während die IG Metall errechnet hat, daß eigentlich 500 Neueinstellungen notwendig wären, um die Produktion bei tariflicher Normalarbeitszeit zu bewerkstelligen. Entgegen der Darstellung der Firmenleitung und des komplett aus IGM-Mitgliedern bestehenden Betriebsrates weist die IG Metall darauf hin, daß zuletzt 65 Prozent der im Raum Heidelberg ausgebildeten Metall-Facharbeiter nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen wurden, und deshalb von einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften nicht gesprochen werden könne. Besonders makaber wirken die Bemühungen des Betriebsrats, den Produktionsausfall durch den Arbeitskampf wiederhereinzuholen: die Heidelberger Druckmaschinen AG wurde nämlich keineswegs bestreikt, der Produktionsausfall kam durch Aussperrung zustande.

Aus für Zündapp

Die Zündapp-Werke stehen offensichtlich unmittelbar vor dem Konkurs. Der Vergleichsverwalter hat erklärt, Möglichkeiten für eine Fortführung des Unternehmens hätten sich nicht ergeben. Auch der Betriebsrat, der in Verhandlungen über einen Sozialplan eingetreten ist, geht von einem anstehenden Konkurs aus. Für die 720köpfige Belegschaft, die sich derzeit überwiegend noch im Betriebsurlaub befindet, gibt es kaum Aussicht auf neue Beschäftigung. BMW hat erklärt, es bestehe Bereitschaft, im Einzelfall mit Auszubildenden über eine Weiterführung der Ausbildung bei BMW zu sprechen. Auch einige Facharbeiter könnten auf Beschäftigung bei BMW hoffen, da BMW laufend einstelle.

Die wichtigsten Veränderungen durch das neue Beschäftigungsförderungsgesetz

Blüms Angriffe im einzelnen

In der vergangenen Woche wurde Blüms Entwurf für das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz im Bundeskabinett verabschiedet. Der Rote Morgen hat dazu bereits Stellung genommen. Wegen der teilweise einschneidenden Bedeutung dieses Gesetzes für die betriebliche Praxis legen wir die wichtigsten Neuregelungen noch einmal ausführlicher dar.

Befristeter Arbeitsvertrag

Bislang galt die Regelung, daß die Befristung von Arbeitsverträgen über 6 Monate hinaus nur in Ausnahmefällen möglich war. Jetzt sollen befristete Arbeitsverträge mit Arbeitslosen bis zu einem Jahr ohne jede Einschränkung zugelassen werden. Bei Unternehmensneugründungen mit weniger als 20 Beschäftigten sollen befristete Arbeitsverträge bis zu zwei Jahren ohne Einschränkung möglich sein.

„Verminderung des Beschäftigungsrisikos der Arbeitgeber", heißt das im Wende-Deutsch. Der Nutzen für die Kapitalisten ist klar: Arbeiter und Angestellte haben nach Ablauf eines befristeten Arbeitsvertrages keinerlei Kündigungsschutz. Durch die Ausdehnung der befristeten Arbeitsverträge wird unter Umgehung der gesetzlichen Kündigungsvorschriften das Heuer- und Feuerprinzip wieder verstärkt eingeführt. Der Kapitalist, der vorübergehend gerade ganz gut ein paar Arbeiter mehr gebrauchen könnte, soll sich keine Sorgen mehr machen müssen, wie er sie nach einem Jahr reibungslos wieder los wird. Blüms Gesetz macht es ihm ganz einfach: ex und hopp.

Leiharbeit

Die Leiharbeit, die im Juristendeutsch auch Arbeitnehmerüberlassung heißt, beinhaltet, daß die Kapitalisten vorübergehend benötigte Arbeitskräfte nicht einstellen, sondern von einer Sklavenhändler-Firma mieten, Bisher war diese Verleih-Zeit auf drei Monate beschränkt. Sie soll jetzt auf 6 Monate ausgeweitet werden.

Der Nutzen für die Unternehmer liegt ähnlich wie bei der Ausdehnung der Laufzeit befristeter Arbeitsverträge. Auch hier geht es darum, den Kapitalisten die Möglichkeit zu geben, unter Umgehung der gesetzlichen Kündigungsschutzvorschriften die Belegschaftsgröße ganz nach Bedarf flexibel zu gestalten. Schon in den Papieren des BDI und des Wirtschaftsgrafen Lambsdorff, die den Anstoß zum Regierungswechsel gaben, wurde der Abbau der Kündigungsschutzregelungen gefordert. Blüm löst das Problem elegant: die Kündigungsschutzregelungen bleiben, aber für einen wachsenden Teil der Belegschaft sollen sie nicht mehr gelten.

Die Regelungen über Leiharbeit und über die befristeten Arbeitsverträge sind übrigens beide bis zum 31. Dezember 1991 befristet. Dann soll laut Blüm die „Arbeitsmarktsituation entspannt" sein und zu den bisher geltenden Regelungen zurückgekehrt werden können. Ein weitblickender Mann dieser Norbert Blüm.



Oktober 1982: IGM-„Kollege" Norbert Blüm verteilt vor dem AEG-Zweigwerk in Westberlin Flugblätter gegen Massenentlassungen. Jetzt will er den Arbeitern und Angestellten auch noch die bestehenden Schutzrechte gegen Entlassungen rauben. IGM-Mitglied ist er noch immer.

Teilzeitarbeit

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Ausdehnung der sogenannten kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit (Kapovaz) und für das job-sharing (Arbeitsplatzteilung) werden verbessert. Weil er bekanntlich selbst Gewerkschafter ist, besteht Norbert Blüm selbstverständlich darauf, daß alles „sozial verträglich" bleibt. Nach Blüms Auffassung ist es nunmehr „sozial verträglich", wenn den Kapovaz-Beschäftigten künftig vier Tage vorher mitgeteilt wird, wie sie ihre Arbeitszeit an den Arbeitsanfall anzupassen haben.

In einem Punkt wird das Kündigungsschutzgesetz direkt geändert. Im Kündigungsschutzgesetz heißt es: „Das Kündigungsschutzgesetz gilt nur für Betriebe, die regelmäßig **mehr als 5 Arbeitnehmer** (Auszubildende werden nicht mitgezählt) beschäftigen". Bei der Berechnung dieser Beschäftigtenzahl werden jetzt Teilzeitbeschäftigte, die nicht mehr als zehn Stunden in der Woche oder 45 Stunden im Monat arbeiten, nicht mehr mitgezählt. Damit wird für Kleinunternehmer der zusätzliche Anreiz geschaffen, Vollarbeitsplätze zugunsten von Kleinst-Teilzeit-Arbeitsplätzen zu vernichten, weil sie so das Kündigungsschutzgesetz umgehen können — und zwar nicht nur für diese Teilzeitbeschäftigten, sondern für alle Beschäftigten. Das ausgerechnet in Betrieben, in denen in der Regel ohnehin nichts als das Faustrecht des Chefs Geltung hat.

Blüms Änderungen im Bereich Teilzeitarbeit sind also erstens ein weiterer Beitrag zur Durchlöcherung des Kündigungsschutzes. Zweitens werden sie zu einer erheblichen Ausdehnung der Teilzeitarbeit führen. Diese Ausdehnung der Teilzeitarbeit wird Hand in Hand gehen mit einer erheblidenn die Kapitalisten wenden denn die Kapitalisten wenden die Teilzeitarbeit vor allem an, um weniger arbeitsintensive Teile des Arbeitstages auszuschließen. Darum wird auch die Zahl der durch die Ausdehnung der Teilzeitarbeit vernichteten Vollarbeitsplätze bei weitem nicht durch die Teilzeitarbeitsplätze, die neu eingerichtet werden, ausgeglichen werden.

Sozialplanregelung

Entsprechend dem immer lauter werdenden Lamento der Unternehmer, daß die Sozialpläne zu teuer sind, schränkt Blüm die Erzwingbarkeit von Sozialplänen bei Personalabbau ein. Bislang konnten Sozialpläne über die Einigungsstelle erzwungen werden, wenn mindestens 5 Prozent der Belegschaft vom Personalabbau betroffen sein sollten. Jetzt kann ein Sozialplan, falls die Betriebsänderung allein in der Entlassung von Arbeitern und Angestellten besteht, nur erzwungen werden, wenn je nach Betriebsgröße zwischen 10 Prozent und 20 Prozent der Belegschaft, mindestens aber 60 Beschäftigte, betriebsbedingt entlassen werden sollen.

Von der Sozialplanregelung ausgeschlossen ist nach Blüms neuem Gesetz, wer „Weiterbeschäftigung an einem anderen Ort" ablehnt. Das würde wohl bedeuten, daß ein Konzern, der in einer Stadt die Belegschaft abbaut, in einer anderen Stadt aber Weiterbeschäftigung anbietet, unter bestimmten Umständen keinen Sozialplan vorlegen muß bzw. Kolleginnen und Kollegen, die dieses „Weiterbeschäftigungsangebot" nicht annehmen können, vom Sozialplan ausschließen kann.

In neugegründeten Unternehmen sollen in den ersten vier Jahren Betriebsänderungen durchgeführt werden können, ohne daß die Betriebsräte Sozialpläne erzwingen können.

Die „metall" nennt diese Regelung zu Recht „Arbeiter-Verschrottungs-Paragraph". Auch hier geht es um die Durchsetzung des „Ex-und-hopp-Prinzips". Arbeiter und Angestellte, an deren Ausbeutung die Kapitalisten nicht mehr interessiert sind, sollen sie sich möglichst ohne großes Federlesen vom Hals schaffen können.

Ausbildungsstellenvermittlung

Nachdem die Unternehmen durch hartnäckige Weigerung deutlich gemacht haben, daß sie nicht daran denken, alle Ausbildungsplätze den Arbeitsämtern zu melden, paßt Blüm auch in dieser Frage das Gesetz den kapitalistischen Forderungen an. In Zukunft dürfen auch „ehrenamtlich" tätige Persönlichkeiten und Institutionen im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit Ausbildungsstellen vermitteln. Bei ungünstiger Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt kann ein Auftrag zur Vermittlung auch auf alle noch nicht vermittelten Bewerber im Gebiet oder Teilgebiet eines Arbeitsamtsbezirks ersteckt werden, was faktisch einer Privatisierung der Ausbildungsstellenvermittlung gleich käme. Bei Erteilung eines Auftrages muß die Bundesanstalt für Arbeit die beteiligten Unternehmerverbände und die Gewerkschaften anhören. Diese Pflicht zur Anhörung entfällt, wenn der Auftrag auf höchstens drei Monate befristet ist.

Diese Neuregelung hört sich zunächst relativ unverdächtig an, weil die Institutionen, die im Auftrag der Bundesanstalt Ausbildungsstellen vermitteln, ja „ehrenamtlich" tätig sein sollen. Ehrenamtlich aber heißt ja nicht interessenfrei. Denkbar ist etwa, daß die Unternehmer selbst Institutionen gründen, die dann ehrenamtlich eine solche Ausbildungsstellenvermittlung betreiben. Das würde den Unternehmern eine wesentlich gründlichere Durchleuchtung der Bewerber ermöglichen. Unternehmer können dazu übergehen, nur noch Lehrlinge einzustellen, die von kirchennahen Institutionen vermittelt werden oder von Institutionen, die eine eindeutig antikommunistische und antigewerkschaftliche Orientierung haben. Das Unternehmerrisiko, aufmüpfige Jugendliche einzustellen, läßt sich so erheblich reduzieren.

Illegale Beschäftigung

Obwohl Blüm Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung angekündigt hat, ermäßigt sein Gesetz die Höchststrafe für die illegale Beschäftigung von ausländischen Arbeitern unter den miserabelsten und gesetzwidrigsten Bedingungen von bislang drei Jahre auf ein Jahr.

Zusammenfassung

Wir haben hier nur die wichtigsten Veränderungen aufgelistet. Sie machen klar, was Blüm, die Wenderegierung insgesamt und ihre kapitalistischen Auftraggeber unter Beschäftigungsförderung verstehen: wenn die Arbeiter und Angestellten nach Belieben auf die Straße geworfen werden können, wenn sie zu größter Arbeitshetze angetrieben werden können, wenn sie möglichst rechtlos und billig sind, dann lohnt sich ihre Beschäftigung für die Kapitalisten am meisten.

Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch

Kurt Schrade — der neue Sprecher des Vorstands?

Diesen Eindruck muß man haben, wenn man Kurt Schrades (BR-Vorsitzender der Westfalenhütte — RM) Äußerungen zur Umsetzung des Tarifvertrags letzte Woche in der Zeitung gelesen hat.

Sein Tenor: **Auf keinen Fall Neueinstellungen** — das sei schon 1979 falsch gewesen, als man nach dem Stahlstreik ca. 300 Kollegen neu einstellte — weitere Stillegungen und der Abbau von 1000 Arbeitsplätzen seien notwendig. Um die zwischenzeitlichen Engpässe aufgrund der Verkürzung der Arbeitszeit zu überbrücken, empfiehlt er Überstunden.

Damit entpuppt sich Kurt Schrade erneut als ein Gegner der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Noch schlimmer: er plädiert offen für die **verschärfte Ausbeutung durch Überstundenschinderei**, er fällt damit allen Bemühungen, trotz des mickrigen Tarifabschlusses Arbeitsplätze zu schaffen, in den Rücken.

Angesichts der Haltung der Mehrheit in den Betriebsräten zu diesem Problem ist zu befürchten, daß der Vorstand grünes Licht bekommt, in bestimmten Teilen der Hütte massiv Überstunden zu fahren. Für September z. B. sind jetzt schon für manche Anlagen im Kaltwalzwerk wieder zwischen 44 und 51 Wochenstunden geplant. Bei den Siegerlandwerken, die ja jetzt zur Hoesch Stahl AG gehören, werden ebenfalls massiv Überstunden gemacht. Hier hat im Schnitt des ganzen letzten Jahres monatlich jeder Kollege 14 Überstunden gefahren!

Denjenigen, die angesichts der Verkürzung der Arbeitszeit eindeutig Neueinstellungen fordern, wird vom Vorstand und von Kurt Schrade entgegengehalten, sie verschlössen die Augen vor den Problemen, die mit den weiteren Rationalisierungen und Stillegungen auf die Belegschaft und den Betriebsrat zukämen, ja sie sagen sogar — Neueinstellungen provoziere letztendlich die Gefahr von Entlassungen und Nichtübernahme der Auszubildenden. Sie spielen sich mit diesen Argumenten als Beschützer der Kollegen auf und spekulieren mit den Ängsten und Sorgen der Belegschaft, anstatt auf diese Probleme eine gewerkschaftlich orientierte Antwort zu geben.

Doch was sind denn die Konsequenzen, wenn so verfahren wird, wie es Kurt Schrade und natürlich auch der Vorstand vorschlagen?

Unterbelegung in den Betrieben führt zu **massiver Verdichtung der Arbeit,** alle eventuellen Rationalisierungsmaßnahmen werden beschleunigt und vorgezogen (insbesondere vorgesehen im M-Bereich). Die Belegschaft wird dem Wechselbad von Kurzarbeit und Mehrarbeit ausgesetzt.

Ohne Neueinstellungen schwindet auch für die älteren Kollegen die Möglichkeit, über den Sozialplan auszuscheiden.

Die Belegschaft wird gespalten in solche, die Überstunden machen, um ihre Löcher im Geldbeutel zu stopfen und solche, die auf der Verkürzung ihrer Arbeitszeit bestehen.

In jeder Hinsicht wird also die Position der Belegschaft gegenüber dem Vorstand **geschwächt.**

Neueinstellungen dagegen erschweren dem Unternehmer seine Rationalisierungspläne. Maßnahmen können nicht so leicht vorgezogen werden. Außerdem verstärken sie auch unseren Druck auf den Vorstand, die älteren Kollegen über den Sozialplan ausscheiden zu lassen. Sie schränken auf jeden Fall die Arbeitshetze und die Überstundenschinderei ein, sie sind also nicht zuletzt auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus im Interesse der Belegschaft.

Daß sie **für den Vorstand** nicht so profitabel sind, liegt wohl in der Natur der Sache, denn schließlich stehen immer **unsere** Interessen der Profitgier des Kapitals im Wege.

Deshalb fordern wir: Neueinstellungen statt Überstunden!



Die entlassenen BMW-Gewerkschafter Peter Vollmer, Hans Köbrich und Rainer Knirsch mit ihrem Anwalt

„Rausschmiß — ach nee!
Solidarität mit Rainer, Hans und Peter von BMW!"

Dokumentation

über den Kampf der drei fristlos entlassenen Gewerkschafter vom Berliner BMW-Werk seit April 84 für Weiterbeschäftigung und die Neuwahl des Betriebsrats — auf jeweils aktuellem Stand (mit Interviews der Betroffenen und des Betriebsrats in einer Radio-Sendung, Flugblättern bei BMW, Solidaritätsbriefen und -aktionen, Protestschreiben an Werksleitung und Betriebsrat, Berichten aus Zeitungen und Zeitschriften, Presseerklärungen über die Arbeitsgerichtsprozesse um Kündigungsschutz, Weiterbeschäftigung und die Anfechtung der Betriebsratswahlen).

Zusendung gegen 5,— DM (in Briefmarken) für Selbstkosten und Porto an das Solidaritätskomitee, Ferienadresse: Frank Steger, Forster Str. 40, 1000 Berlin 36; ab 15.9.84 wieder: **Bodo Zeuner, Habelschwerdter Allee 10, 1000 Berlin 33.**

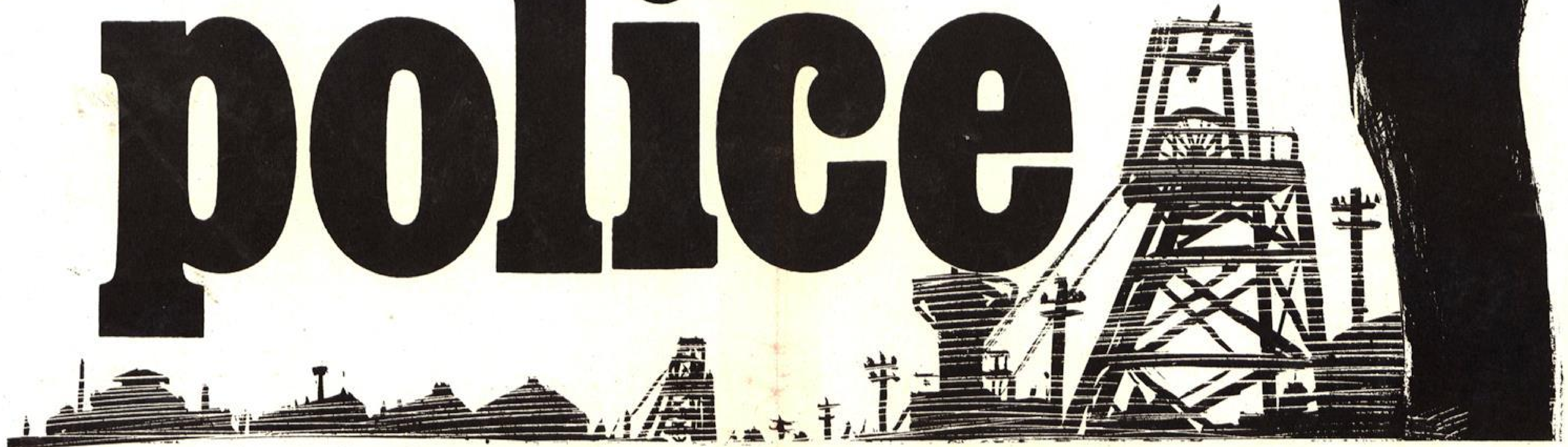
Solidarität mit den entlassenen BMW-Gewerkschaftern

Das Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter bittet zur materiellen Unterstützung der Kollegen und zur Finanzierung der hohen Prozeß- und Anwaltskosten dringend um Spenden.
Postscheckkonto Rainer Knirsch, Berlin-West, Nr. 230936-106, Kennwort „Solidarität".

STOP

the





STATE

„Stoppt den Polizeistaat", Poster der streikenden britischen Kumpel gegen die Einsätze der Polizei und des Staates im Arbeitskampf. Nachdruck: RM-Verlag, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526, Aug. '84

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

ERNST THÄLMANN!

Eine kommunistische Tragödie?

„Nur klarer Klassenkampf, dessen Schwergewicht außerhalb des Parlaments liegt und der mit allen erfolgverheißenden Mitteln geführt werden muß, kann uns unserem Ziele, dem Sozialismus, näher bringen."

Worte Ernst Thälmanns, heute noch richtig, genau wie damals am 19. Juni 1920 in der „Hamburger Volkszeitung".

Am 18. August 1944 wurde der Vorsitzende der KPD von den SS-Mördern im Krematorium des Konzentrationslagers Buchenwald von hinten erschossen. Feige und hinterhältig, wie das ganze Nazi-faschistische System, war der Mord an dem Kommunisten Ernst Thälmann.

Seine Genossen nannten ihn liebevoll „Teddy". Die Arbeiter, die einfachen Menschen, verstanden ihn, wenn er sprach. Klar, offen und ehrlich waren seine Formulierungen. Nicht akademisch hochgeschraubt, mit vielen Wenn und Aber — sondern bildlich verständlich. Er war der unumstrittene Führer der Arbeiterklasse vor 1933. Seine Verhaftung durch Verrat löste Trauer und Besorgnis unter den Arbeitern, unter seinen Genossen aus. Besonders in Berlin. Die Genossen wollten Ernst Thälmann befreien. Pläne wurden geschmiedet und verworfen oder platzten durch Verrat.

Genosse Georgi Dimitroff, der Held vom Reichsgericht in Leipzig; der als Angeklagter im Reichstagsbrandprozeß den Nazis die Maske vom Gesicht riss, rief nach seiner Befreiung in Moskau zur Freilassung Ernst Thälmanns auf.

Im Kampf gegen das faschistische Franco-Regime stand in den Internationalen Brigaden das Thälmann-Bataillon unter dem Kommando von Ludwig Renn und seinem Kommissar Willi Bredel, zwei aufrechten Genossen, die die Verpflichtung des Namens „Ernst Thälmann" sehr ernst nahmen.

Enst Thälmann war nicht vergessen — sein Name gab vielen Genossen, Kommunisten und Antifaschisten in einer schweren Zeit Halt, Mut und Hoffnung im Widerstand.

Es wurde ruhiger um Ernst Thälmann, besonders nach dem Abschluß des Nichtangriffs-Vertrages der in der Nacht vom 23. zum 24. August 1939 in Moskau zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland unterzeichnet wurde. Er enthielt die Verpflichtung für den Verzicht auf einen Angriff (Art. 1) und den Verzicht auf Hilfeleistung für den Staat, der eine der vertragsschließenden Seiten überfällt (Art. 2). Beide Seiten verpflichteten sich, einander über Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen betrafen, zu informieren (Art. 3) und an keiner Gruppierung von Mächten teilzunehmen, die direkt oder indirekt gegen die andere Seite ausgerichtet ist. Der Vertrag wurde auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen.

Da Hitler-Deutschland sehr am Abschluß des Nichtangriffsvertrages interessiert war, übernahm Ribbentrop im Zuge der Verhandlungen auch gewisse zusätzliche (einseitige) Verpflichtungen. Im Bewußtsein dessen, daß es der Sowjetunion insbesondere darum ging, die an ihre westliche Grenze anliegenden Gebiete (Baltikum, Westukraine, Bessarabien u.a.) vor einer Aggression geschützt zu wissen, ging Ribbentrop die Verpflichtung ein, daß Deutschland die Unantastbarkeit dieser Gebiete achten wird. Die Sowjetunion traf mit dem Abschluß dieses Vertrages unter den damaligen Bedingungen, eine notgedrungene, jedoch einzig richtige Entscheidung, weil die Versuche zur Bildung einer britisch-französisch-sowjetischen Koalition mißlungen waren.

Im Zuge dieses Nichtangriffspaktes wurden aus der Sowjetunion deutsche Antifaschisten, deutsche Emigranten, unter ihnen Kommunisten, Juden, die in der Sowjetunion Schutz und Hilfe suchten und zum Teil schon Jahre in der SU weilten, nach Hitler-Deutschland, der SS ausgeliefert. Mit die Bekannteste ist die Lebensgefährtin von Heinz Neumann, Margarete Neumann. Heinz Neumann war einmal Mitglied des ZK der KPD und ist auf ungeklärte Weise in der SU ums Leben gekommen. Margarete Neumann wurde 1938 in Moskau verhaftet, wurde dann ausgeliefert und kam 1940 in das Konzentrationslager Ravensbrück.

Ich habe selbst im KZ Sachsenhausen in der TBC-Abteilung des Krankenhauses den jüdischen Kommunisten Ernst Fabisch kennengelernt. Auch er war in die Sowjetunion emigriert und wurde nach dem Pakt an die Nazis ausgeliefert.

Die genaue Zahl der an die Nazifaschisten Ausgelieferten ist schwer zu ermitteln, Zahlen zwischen 300 und 500 werden genannt. Die Sowjetunion schweigt zu diesen Vorfällen, SED und DKP so wie ihre Anhänger hüllen sich auch in Schweigen. Sie tun so, als ob diese Begebenheiten nicht der Wahrheit entsprechen und antikommunistische Lügen wären. Warum? Aber es leben noch die Betroffenen und Zeugen!

Ich will hier nicht die Frage stellen, ob es rechtens war, ob es im Namen des Sozialismus geschah oder ob es international üblich ist.

Ganz gleich, was diese Menschen taten oder getan haben sollten, und was man ihnen anlastete, Gründe finden politische Machtorganisationen wie Geheimpolizei immer. Ob diese Gründe aber eine Auslieferung, für die meisten der sichere Tod, zu rechtfertigen ist, ist zu bezweifeln.

Und wenn dieser Kreis von Menschen, der ausgeliefert wurde, wirklich zu Feinden der Sowjetunion geworden ist, hätte man dann nicht im Gegenzug den Genossen Ernst Thälmann befreien können? Warum verlangten die sowjetischen Genossen nicht die Freilassung und Auslieferung von Ernst Thälmann? Es gab doch viele deutsche Kommunisten in der SU. Unter ihnen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck. Warum erhoben sie nicht ihre Stimme für den Genossen Thälmann? Oder trifft es zu, daß sich Ulbricht und Pieck widersetzten, sie wollten einen Märtyrer, das wäre propagandistisch gut?

Einer, der dazu etwas sagen könnte, schweigt zur Zeit noch. Vielleicht wird Herbert Wehner eines Tages dazu etwas sagen. Er weiß sicher mehr, als manche glauben. Er kannte auch Walter Ulbricht, diesen Apparatschik, sehr gut.

Die Rolle Walter Ulbrichts in der DDR ist hinreichend bekannt. Erinnern wir uns nur an den 17. Juni 1953, wo Bauarbeiter ihn sprechen wollten, in Ostberlin vor seinem Ministerium. Er trat nicht vor die Tür. Der Genosse Fritz Selbmann mußte die Aufgabe übernehmen. Ulbricht hat es immer verstanden, sich in gewissen Situationen, wo es auf Mut und Geschick ankam, im Hintergrund zu halten. Die Rolle Ulbrichts in Spanien wollen wir gar nicht erst erwähnen.

Ich meine, wir sollten aus der Geschichte lernen, auch aus der Geschichte der kommunistischen Partei. Das heißt aber auch, aus den Fehlern lernen. Unangenehme Sachen nicht einfach unter den Teppich kehren und kritische Fragen von Genossen, besonders jüngeren, offen diskutieren. Nicht jeder, der Kritik übt und Zweifel äußert oder nach neuen Wegen sucht, ist gleich ein Antikommunist und Nestbeschmutzer. Wir sollten uns doch einmal ehrlich die Frage stellen, wie es kommt, daß die von uns vertretene Politik von den meisten nicht verstanden und angenommen wird. Gehen wir immer richtig mit unseren Mitmenschen um, gehen wir auf ihre Sorgen, auf ihre Probleme ein? Sollten wir nicht versuchen Fehler nicht immer bei den anderen zu suchen, sondern bei uns selbst. Es würde nichts schaden, wenn wir mehr Kritik und Selbstkritik üben würden, und nicht vor lauter Rücksichtsnahme in einen Schlendrian rut-
nahme in einen Schlendrian rut-
schen, um immer weiter von einer revolutionären Partei uns zu entfernen!

Wir stehen heute vor der gleichen Aufgabe, wie sie Ernst Thälmann 1920 richtig formuliert hat. Wir wollen den Sozialismus. Aber — viel hat sich seit 1920 verändert. Damals hatten wir eine starke deutsche Arbeiterklasse, die wohl gespalten war, aber kampfbereit. Heute sind wir immer noch gespalten, aber anders als damals. Heute gibt es eine antikommunistische Sozialdemokratie, die verhältnismäßig stark ist, und eine schwache, in sich zerstrittene kommunistische Gruppierung. Viele Grüppchen. —

Der Hitlerfaschismus konnte 12 Jahre lang Gewaltterror und ein Blutbad in Deutschland und Europa errichten. Erst die Sowjetunion schlug den Hitlerfaschismus und seine Förderer, den deutschen Imperialismus. Aber welchen Preis mußte die SU zahlen?

Nicht nur die 20 Millionen Sowjetische Bürger, die ihr Leben im Kampf ließen, sind zu betrauern. Welche Konzessionen mußte die SU machen? An Kirche — alte Militäruniformen und Bürokraten. All diese Dinge bereiteten den Boden vor für die heutige Situation in der SU. Die Komintern wurde aufgelöst. Der Druck und die Vormundschaft aus Moskau ließ bei den kommunistischen Parteien nach. Die kommunistische Weltbewegung suchte nach neuen Wegen zum Sozialismus. Titoismus — Eurokommunismus — Prager Frühling und China mit Mao dürfen wir nicht vergessen. Alles waren Versuche, und man entfernte sich immer mehr vom Marxismus/Leninismus, von revolutionären Wegen.

Heute ist die Sowjetunion ein neuer imperialistischer Klassenstaat, der auf der Grundlage verstaatlichter Produktionsmittel eine ihm eigene, weder sozialistische, noch klassische kapitalistische Ordnung geschaffen hat. Nicht die Arbeiterklasse ist Herr im Lande, sondern die Partei mit ihren Funktionären und Machtapparaten. Keine Kritik oder Kontrolle durch die Arbeiterklasse, keine Veränderungsmöglichkeiten durch die Arbeiter selbst. Die Partei ist allmächtig. Sie hat sich ihre Apparate der Machterhaltung selbst geschaffen. Nicht weniger Staat, sondern mehr Staat und mehr Bürokratie, und das nennt sich dann wie in der DDR „realer Sozialismus".

Die Partei bestimmt das Leben, sie bestimmt, was gut und richtig ist, was der Arbeiter zu glauben und zu tun hat. Die Partei hat immer recht. Was gestern noch schlecht, ist heute gut. Der „Alte Fritz" wird zum Vorkämpfer für den Sozialismus, Luther wird zum Vorkämpfer der SED, von Thomas Münzer wird nicht mehr gesprochen usw. usf.

Die Geschichte wird so hingebogen, wie man sie gerade braucht. Wir als Marxisten/Leninisten in der Bundesrepbulik sollten uns an Tatsachen und Wahrheiten halten. Wir sollten den Namen „Enst Thälmann" in Ehren halten. Ihn nicht mißbrauchen lassen zu einem Aushängeschild bankrotten machtpolitischen Strebens.

In der DDR werden große Legenden um E. Thälmann gebildet. Sein tragischer Tod hatte Hintergründe, die in Moskau zu suchen sind. — Die Geschichte hat noch mehr solcher Fälle zu bieten. Seien wir wachsam, und haben wir den Mut zur Wahrheit.

Harry Dubinsky

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Veranstaltung

Anläßlich des 10. Todestages unseres Genossen Günter Routhier, der am 18. 6. 1974 an den Folgen eines Polizeieinsatzes bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg starb, findet am 8. September eine Veranstaltung in Duisburg statt. Auf dem Programm stehen unter anderem ein Film, der im holländischen Fernsehen über die Ereignisse lief, Beiträge von strafrechtlich Verfolgten, die den Polizeieinansatz angriffen, eine Rede zur politischen Unterdrückung in der BRD in den letzten zehn Jahren, Beiträge von Initiativen und Organisationen, die sich gegen die politische Unterdrückung und Polizeiübergriffe wenden und das politische Kabarett aus Düsseldorf „Der Zeitzünder".

Am 8. September um 19 Uhr im Kultur- und Freizeitzentrum Hamborn (Hamborner Ratskeller) Duisburger Str. 213 in Duisburg Hamborn

KJD

Mädchenseminar der KJD: „Wer glaubt, daß Mädchen dümmer sind ... der spinnt, der spinnt"
Wochenende 22. und 23. September
im Raum Westfalen
Anmeldung und Auskunft im zentralen Büro

KJD

Aktionstage Manöverbehinderung in Hildesheim und Umgebung
15. - 22. September
In diesen Tagen organisiert die KJD ein eigenes Camp im Manövergebiet. Interessenten melden sich bitte im zentralen Büro.

HANNOVER

„Die NATO probt den Krieg — Herbstmanöver um Hildesheim"
Diskussionsveranstaltung der KPD und KJD Hannover
31. August, 20 Uhr
„Gaststätte Grotte", Fundstraße

FRIEDENSKONFERENZ

Die Nordkonferenz der Friedensbewegung
9. September, 10 Uhr
Hannover, Raschplatz-Pavillon

Arbeitslosentreffs der KPD

FÜR DEN BEREICH MITTE:
Sonntag, 2. September um 11 Uhr
im zentralen Parteibüro, Dortmund-Hörde

FÜR DEN BEREICH NORD
Samstag, 8. September um 11 Uhr
Tählmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Hamburg 6

Für den Bereich Süd steht noch kein Termin fest

Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Internationalismus

DATEN, FAKTEN DOKUMENTE

über die Befreiungskämpfe von Irland bis Lateinamerika von Afrika bis Asien

Schwerpunkt: immer da, wo DM mitmischt



WOCHENZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland?

Von Rainer Roth

„Deutschland ist kein Einwanderungsland." Diese Formel gehört zum kleinen Einmaleins der Ausländerpolitik der BRD, seit die Industrie die ersten ausländischen Arbeiter importierte. Sie ist zu einer Litanei geworden, irgendeine Mühe, sie ausführlich zu begründen, ist nicht zu entdecken. „Hoechst ist bei seinen Überlegungen — wie wohl jedes andere deutsche Unternehmen auch, das ausländische Mitarbeiter beschäftigt — davon ausgegangen, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist." (Jobst Albrecht, Personalleiter der Farbwerke Hoechst) (1)

Da etwa 40 bis 45 Prozent der Ausländer in Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten arbeiten, kann man davon ausgehen, daß die Ausländerpolitik im wesentlichen den Interessen der großen Konzerne entspricht. Alle bisherigen Bundesregierungen verliehen diesem Standpunkt die höhere Weihe einer Regierungserklärung. Der DGB-Bundesvorstand schließt sich im Geiste der Sozialpartnerschaft an. „Die BRD ist eines der dichtbesiedelsten Länder der Welt. Sie ist deshalb kein Einwanderungsland." (2)

Das Ausländergesetz beruht ebenso auf dieser Formel wie die Rechtsprechung. Die BRD ist „wegen ihrer hohen Bevölkerungsdichte und ihrer hochindustrialisierten Wirtschaftsstruktur kein Einwanderungsland", so das Bundesverwaltungsgericht am 29. 8. 1972 (3).

Daß viele ausländische Arbeiter, kämpferische Gewerkschafter und radikaldemokratische Intellektuelle das anders sehen, braucht nicht zu wundern. Auf der Tagung der CDU im Oktober 1982 mit dem wunderschönen Titel „Ausländer in Deutschland — Für eine gemeinsame Zukunft" platzte Felix Rodriquez der Kragen. Kein ausländischer Arbeiter war als Referent geladen. Er ergriff für sie Partei als Pfarrer, der seit 22 Jahren spanische Arbeiter betreut. „Ein Dialog über ... Partnerschaft, multikulturelle Gesellschaft, Integration wird sehr schön sein, aber nichts bringen ... solange nicht die Schizophrenie — kein Einwanderungsland und 4,5 Millionen Ausländer — aufgehoben ist." (4)

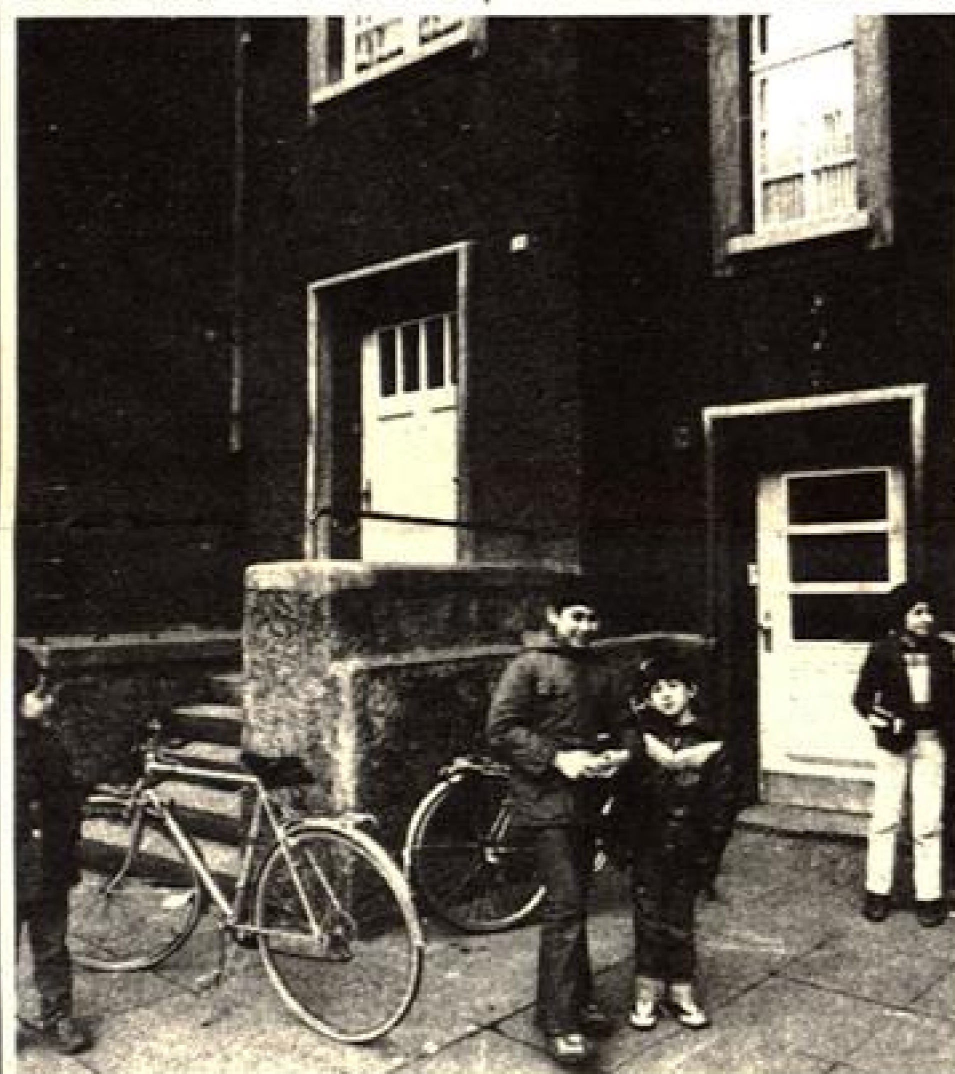
Er ernetete keine Zustimmung. „Ich wiederhole die These, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist, weil es die objektiven Elemente eines Einwanderungslandes nicht erfüllt," (5) tadelte ihn Roman Herzog, damals noch CDU-Innenminister von Baden-Württemberg und heute stellvertretender Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

... aber wir sind doch nicht die USA!

Herzog sprach von objektiven Elementen, die der BRD fehlen. „Es hat keinen überflüssigen Raum, es hat keine unausgeschöpften Rohstoffe, die es auszuschöpfen gibt, es ist selber dicht besiedelt." (6)

Offensichtlich schweben ihm Länder wie die USA, Australien oder Kanada als Modelle für Einwanderungsländer vor. Jedenfalls schließt er aus, daß es in Europa Einwanderungsländer geben könnte. Einwanderung wird als Einwanderung von Bauern begriffen, als Besiedlung noch unbearbeiteten, herrenlosen Landes. Die Vorstellung, daß ein Einwanderungsland nicht dichbesiedelt sein darf, wenn es eins sein will, entspricht dem. Wenn es dichtbesiedelt wäre, dann gäbe es je keinen Fleck Land mehr, auf dem sich die agrarische Überschußbevölkerung anderer Länder niederlassen könnte.

Natürlich gehörte zu den Interessen der USA an Einwanderern auch das Interesse, das riesige Land mit Menschen zu besiedeln. Ein Interesse, das bei der BRD heute entfällt. Aber auch in den USA war die Hauptursache der Einwanderung die Wanderung aus landwirtschaftlichen Gebieten, die die Bevölkerung nicht mehr ernähren konnten, in die Industrie.



Die Masse der Einwanderer nach den USA zog doch gerade in die dichtbesiedelten Städte, wo die Automobilindustrie emporwuchs, wo die Elektroindustrie entstand. Nach dem Bürgerkrieg entwickelte sich die Industrie der USA sehr rasch. Standen die USA 1860 noch an vierter Stelle in der Welt, so hatte seine Industrie schon 1894 alle übrigen kapitalistischen Staaten überrundet. Der stürmische Eisenbahnbau, die ungeheure Ausdehnung des inneren Marktes, das Vorhandensein reicher Bodenschätze wie Öl, Kohle, Eisen, Holz usw. erzeugte einen Heißhunger nach Arbeitskräften. Die Beseitigung der Sklaverei durch den Bürgerkrieg reichte nicht aus, den Bedarf zu decken. Die USA hatten im Gegensatz zu den europäischen Ländern keine überschüssige Landbevölkerung. Also mußten Einwanderer aus Europa die Lücke auffüllen. 1851 - 1870 waren es 4,5 Mio, 1871 - 1890 schon 7 Mio und 1891 bis 1909 noch einmal 10,9 Mio.

Einwanderung nur als Besiedlungspolitik anzuerkennen, das ist eine Beschönigung der dynamischen Rolle des Kapitalismus, der die nationalen Schranken niederreißt und die Arbeiterschaft in ein Gemisch aus vielen Völkern verwandelt.

Auch die Vorstellung, ein Einwanderungsland müsse unausgeschöpfte Rohstoffe haben, sonst sei es keins, orientiert sich am Wilden Westen. Einwanderer müssen keine Goldgräber sein, keine Ölbohrer, keine Entdecker von Eisenerz oder Kohlevorkommen, es können auch ganz gewöhnliche Arbeiter sein, auf dem Bau, in der Stahlindustrie, in den Schlachthöfen. Die USA jedenfalls haben damals auch solche als Einwanderer akzeptiert, die nicht in der Rohstoffförderung arbeiteten.

Kein anderes Land, das in der Entwicklung der Produktivität, der Konzentration, der Technologie so weit entwickelt war wie die USA Ende des vorigen Jahrhunderts. Es war das höchstindustrialisierte Land der Welt. Und ausgerechnet Deutschland soll kein Einwanderungsland sein, weil es ein Land „mit hochindustrialisierter Wirtschaftsstruktur" ist?

Es ist gerade umgekehrt. Eben weil die Industrie der BRD sich rascher entwickelt hat als die zurückgebliebener kapitalistischer Länder, ist die BRD ein Einwanderungsland geworden.

Genauso wie Frankreich (1970: 2,6 Mio ausländische Arbeiter) oder Belgien (1968: 181000). 1981 vereinigte die BRD-Industrie 39,1 Prozent der Industrieproduktion auf sich, mehr als Frankreich und Großbritannien zusammengenommen (22,3% und 13,3% = 35,6%). Insbesondere aufgrund der westdeutschen Exporte stieg der Anteil der EG am Welthandel von 1958 20,8% auf 32,9% im Jahre 1975. Diese starke Expansion konnte nicht allein von deutschen Arbeitskräften getragen werden.

Im 2. Weltkrieg waren über 3 Mio Soldaten im besten Alter für die Eroberungspläne der deutschen Konzerne gefallen. Dazu kamen Hunderttausende Zivilisten, die dem Bombenkrieg zum Opfer fielen. Zwei Millionen Männer waren aufgrund ihrer Kriegsverletzungen nur noch beschränkt erwerbsfähig. Der Geburtenausfall war enorm.

Als der Strom der Deutschen aus dem Osten verebbt war, die Bundeswehr wiederaufgebaut wurde und die Ausbildungszeiten aufgrund gestiegener Qualifikationsanforderungen stiegen, mußte die deutsche Industrie Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren. Bis zum Anwerbestopp 1973 schwankte die Zahl der Erwerbstätigen um 26,5 Mio. Die Zahl der deutschen Erwerbstätigen ging aufgrund der oben genannten Bedingungen um 2 Mio zurück. Diese Lücke wurde mit ausländischen Arbeitern aufgefüllt.

In der Türkei ist es gerade westdeutsches Kapital, das die Bedingungen dafür mitschafft, daß ständig eine große industrielle Reservearmee vor den Toren der BRD auf ihren Einsatz wartet. 75 Prozent der Bauern in der Türkei besitzen weniger als 5 ha meist unbewässertes Land, das sie ohne Maschinen oder Mechanisierung bewirtschaften. Landflucht ist unvermeidlich. Weil aber die Industrie nach den Interessen vor allem der Monopole der USA und der BRD ausgerichtet ist, kann sie die agrarische Überbevölkerung nicht aufnehmen. 40 Prozent des Kapitals in der türkischen Industrie liegt in ausländischer Hand. Hier werden meist langlebige Konsumgüter mit importierten Fertigteilen zusammenmontiert. Folge: Verschuldung und Inflation. Die einheimischen Energie-Rohstoffe werden zugunsten importierten Erdöls vernachlässigt. So drängt die verarmte Landbevölkerung ins Ausland? Wohin? Natürlich in das industriell am weitesten entwickelte Land Europas, die BRD. Von den 800000 Auswanderern aus der Türkei gingen 650000 in die BRD. Nur 45000 gingen nach Frankreich. (6)

Das westdeutsche Kapital verdient also doppelt an der Rückständigkeit der Türkei, die es selber miterzeugt.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung als Hauptursache der Einwanderung ist nicht vorübergehend. Sie verstärkt sich ständig aufgrund Kapitalexports und der ungeheuren Verschuldung der zurückgebliebenen kapitalistischen Länder bei den fortgeschrittensten Industrieländern.

... aber die meisten Ausländer wollen doch zurückkehren

Kann denn die BRD ein Einwanderungsland sein, wenn die Masse der Ausländer gar nicht einwandern will? „Die Ausländer selber (...) betrachten die Wanderung in die Bundesrepublik Deutschland als Arbeitsaufenthalt mit dem prinzipiellen Ziel, wieder ins Heimatland zurückzukehren, und nicht als definitive Einwanderung." So der Personalleiter der Farbwerke. (7)

Nach einer Repräsentativuntersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom November 1979 wollten 75,1 Prozent (Türken 59,9 Prozent) der Ausländer irgendwann in ihr Heimatland zurück. Viele aber können nicht sagen, wann (8). 1981 jedoch planten von 354000 Ausländerhaushalten in Baden-Württemberg 39 Prozent keine Rückkehr mehr, bei denen, die schon länger als zehn Jahre da waren, sogar 43 Prozent. (9)

Die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Länder in Europa führt nicht nur dazu, daß genug Arbeitskräfte in die BRD strömten, sie führte auch dazu, daß sie bleiben wollen. Denn die Rückständigkeit z. B. der Türkei, die sich in hoher Arbeitslosigkeit und Inflation äußert, ist keine vorübergehende Erscheinung.

Die Tatsache, daß wir objektiv ein Einwanderungsland sind, setzt sich auch im Bewußtsein der „unfreiwilligen" Einwanderer durch. So stellt auch der Personalleiter von Hoechst aufgrund der von 24 Prozent auf 10 Prozent gesunkenen Fluktuation der ausländischen Arbeiter fest, daß mit einer „baldigen freiwilligen Rückkehr der meisten Ausländer nicht zu rechnen ist." (10)

Indiz ist vor allem die Aufenthaltsdauer. Nach Hondrich wollten 1977 5 Prozent der in Frankfurt befragten Türken bleiben, 1981/82 aber schon 19 Prozent. 1979 waren schon 30 Prozent der Ausländer länger als 10 Jahre da, 47,2 Prozent länger als 8 Jahre. 1980 schon 38 Prozent länger als 10 Jahre und mehr als 50 Prozent länger als 8 Jahre. 1982 waren 48 Prozent länger als 10 Jahre da und 60,2 Prozent über 8 Jahre (das sind 1,8 Millionen Personen).

War früher der typische ausländische Arbeiter jung und ledig, so sind heute über 70 Prozent verheiratet. 90 Prozent der Verheirateten haben Frau und Kinder in der BRD. Gerade nach dem Anwerbestopp haben viele türkische Arbeiter Frau und Kinder nachgeholt. So sank der Anteil der Erwerbstätigen an der ausländischen Bevölkerung in der BRD rapide und lag 1979 mit 49,1 Prozent nur noch unwesentlich über der der Gesamtbevölkerung (43,1 Prozent) (11).

Immer mehr Ausländer bekommen Kinder in der BRD. Etwa 600000 haben deutsche Ehepartner. Man kann also mit Sicherheit sagen, daß sich die Einwanderung konsolidiert hat. Natürlich wird es weiterhin Rückwanderer geben. Aber ein sehr großer Teil wird für immer in der BRD bleiben. Eckhart Schiffer, Ministerialdirektor im Innenministerium stellte 1982 fest, daß „wir für die in der Vergangenheit aufgenommenen, im Lande befindlichen Arbeitnehmer faktisch zum Einwanderungsland geworden sind" (13). Es sind längst keine „Gast"-Arbeiter mehr, sondern Einwohner.

1972 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht den Entzug der Aufenthaltserlaubnis für einen türksichen Bauhilfsarbeiter, nur weil dieser nach 9jährigem Aufenthalt noch weitere 6 Jahre bleiben wollte. Grund: Wir sind kein Einwanderungsland. Also gab das Gericht indirekt zu, daß die BRD zum Einwanderungsland wird, wenn Ausländer z. B. länger als zehn Jahre hier sind.

Es erklärte, eine Einwanderung liege schon dann vor, wenn eine Niederlassung für längere Zeit begründet wird. (14)

... aber wir wollen doch kein Einwanderungsland sein

Hermann Korte, Soziologieprofessor in Bochum, hält aber die BRD auch dann nicht für ein Einwanderungsland, „wenn ein Teil der seit langem bei uns lebenden Menschen in unsere Gesellschaft aufgenommen wird." Warum? „Die Bezeichnung Einwanderungsland trifft nur auf solche Staaten zu, die jährliche Einwanderungskontingente kennen und die eingewanderten Menschen nach einer festgelegten Aufenthaltsdauer die Staatsbürgerschaft verleihen."

Die Verfechter der These vom Nichteinwanderungsland BRD ziehen sich trotzig auf ihre letzte Bastion zurück.

Und die ist ihre stärkste.



Den nebenstehenden Artikel haben wir der Nr. 1/84 der Zeitschrift „fremdworte" entnommen, ebenso das Gedicht „Wanderrepublik Deutschland". „fremdworte" sind zu bestellen bei: Klartext-Verlag, Eltingstr. 2, 43 Essen, Preis pro Einzelheft 2,50 DM. Die Nr. 1/84 steht unter dem Thema „Bundesrepublik Einwanderungsland".

Ganz einfach: Wir sind kein Einwanderungsland, weil wir keins sein wollen. Im Bericht der Bund-Länder-Kommission 1977 heißt es: „Sie (die BRD) versteht sich als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder minder langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren."

Und Helmut Schmidt: „Wir wollen und können kein Einwanderungsland werden." (4.12.1979)

Fritz Franz bezeichnete deshalb treffend die BRD als ein „Einwanderungsland, das keines sein will."

Hier liegt des Pudels Kern. Die Frage, ob die BRD ein Einwanderungsland ist oder nicht, hängt nicht von wissenschaftlichen Untersuchungen ab, sondern von ökonomischen und politischen Interessen. „Einem Einwanderungsland ist zwingend die Aufgabe der Chancengleichheit gestellt; Einwanderer können verlangen, in allen Lebensbereichen wie Einheimische behandelt zu werden." (17)

Gerade das will die herrschende Klasse der BRD nicht. Die Nichtanerkennung als Einwanderungsland bedeutet seit eh und je, daß ausländischen Arbeitern die vollen Bürgerrechte verweigert wurden, um sie besser als Arbeitstiere halten zu können.

Schon das Kaiserreich wollte kein Einwanderungsland sein und war doch eins.

1913 gab es in den preußischen Ostprovinzen 433 247 ausländische, meist polnische Landarbeiter. Sie wurden nur für eine Saison beschäftigt, durften keine Familie mitbringen und mußten Preußen im Winter wieder verlassen. (Vor Kriegsbeginn von Dezember bis Februar). Außerdem durften sie bei Strafe der Ausweisung nicht in die westlichen Industriebezirke abwandern. In der Industrie waren 1907 500000 Ausländer beschäftigt. 1908 wurde die Legitimationskarte eingeführt, um die ausländischen Arbeiter zu zwingen, unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten und sie an Arbeitskämpfen und Arbeitsplatzwechsel zu hindern. Die Legitimationskarte war auf einen Arbeitgeber ausgestellt. Wurde sie entzogen, oder wechselten die Arbeiter von sich aus die Stelle, wurden sie ausgewiesen. Wer es mit den Zechenherren oder anderen Kapitalisten verdarb, der flog gnadenlos. So bei den Streiks der Bergarbeiter oder Tabakarbeiter. Selbst Mitgliedschaft in Gewerkschaften wurde mit Ausweisung geahndet. (18) Die polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet dagegen waren deutsche Staatsangehörige, weil sie aus den von Preußen annektierten Teilen Polens stammten. Sie waren faktisch Einwanderer, wenn auch als Folge der Eroberungspolitik Preußens. Als solche waren sie rechtlich den deutschen Arbeitern gleichgestellt. Diese Folge war unerwünscht, aber als Ergebnis der Germanisierung Westpreußens unvermeidlich.

Die Vorteile, kein Einwanderungsland sein zu wollen, waren also für das Kaiserreich schon groß.

Der Hitlerfaschismus wollte erst recht kein Einwanderungsland sein. Er rüstete alle Kräfte, um die Entscheidung über die Herrschaft in Europa und in der Welt mit Gewalt für die deutsche Industrie herbeizuführen. Typisch war die Verschleppung von 7 - 10 Millionen Ausländern, vor allen Dingen Polen und Russen ins Reich, die in der Kriegswirtschaft arbeiten mußten. Diese Zwangseinwanderung setzte die Tradition des ersten Weltkrieges fort, in dem schon allein aus Polen und Belgien 850000 Zwangsarbeiter ins Reich deportiert wurden. Der deutsche Imperialismus brauchte zu dieser Zeit erst recht keine selbstbewußten gleichberechtigten Einwanderer, sondern Arbeitssklaven. Unter polizeilicher Überwachung in überfüllten Lagern zusammengepfercht und weit unter dem Niveau deutscher Arbeiter bezahlt. Die Beschäftigung ausländischer Zwangsarbeiter brachte den Konzernen riesige Extraprofite. Hans Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitskräfteeinsatz erklärte: „Diese (die Zwangsarbeiter) sind mir so gleichgültig wie irgend etwas, und wenn sie sich das geringste Vergehen im Betrieb zu schulden kommen lassen, dann bitte sofort Anzeige an die Polizei, aufhängen, totschießen!" (19)

Fritz Franz hat zu Recht darauf hingewiesen, daß das heutige Ausländergesetz an die Kriegsverordnung über die Behandlung von Ausländern vom 5.9.1938 (RGBl. I S. 1667) anknüpft. Dort wurden zum ersten Mal die „Belange" des Reichs als Maßstab der Ausländerbehandlung eingeführt. Vorher sicherte die „Würdigkeit" eines Ausländers einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt. Jetzt konnte er würdig sein wie er wollte, es stand im Ermessen des Reiches, ihn je nach den jeweiligen „Belangen" des Reiches zu behandeln. Zu den „Belangen" des Reichs gehörte damals der sparsamste Einsatz ausländischer Arbeiter bei größtmöglicher Leistung und ihre rücksichtslose politische Unterdrückung, um die Kriegsziele zu erreichen.

Das Ausländergesetz von 1965 entwickelte die Verordnungen der Nazis nur weiter. Dreh- und Angelpunkt ist der § 2 Abs. 1 Satz 2 des Ausländergesetzes.

„Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt." Die Ausländerbehörden haben sehr große Ermessensspielräume, je nach der ökonomischen und politischen Situation den Aufenthalt eines Ausländers zu beenden." Außer Gründen, die in der Person des Ausländers liegen, sind insbesondere auch Gründe politischer oder wirtschaftlicher Art sowie Belange des Arbeitsmarktes zu beachten." (Nr. 6 zu § 2 AuslVwV vom 7. Juli 1978).

Hier spielt insbesondere das Interesse eine Rolle, in Krisenzeiten ausländische Arbeiter, die man nicht mehr braucht, zurückzuschicken. Obwohl die „Grundsätze für die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung" aus dem Jahre 1969 heute überholt sind, sind ihre Kernsätze immer noch gültig. Z.B. „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat es mit sich gebracht, daß insbesondere ausländische Arbeitnehmer sich in großer Zahl über lange Zeiträume hinweg im Bundesgebiet aufhalten, ohne daß ihre ständige Niederlassung als erwünscht angesehen werden kann, wie sich bereits aus der Möglichkeit der gesamtwirtschaftlichen Lage ergibt." (20)

Nun, die Lage hat sich seit 1969 erheblich geändert. Das Finanzkapital handelt nach der Devise „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen." (Auch gegenüber den deutschen Arbeitnehmern) Die Bundesregierung will die Zahl der Ausländer drastisch reduzieren, um über 2 Millionen. Das Motiv ist klar: unproduktiv gewordene Ausländer raus. Es geht keineswegs darum, alle Ausländer zu vertreiben, nur die, an denen man nichts mehr verdienen kann: Arbeitslose, Rentner, Behinderte, Sozialhilfeempfänger, Kinder usw.

Diese Möglichkeit besteht bei der großen Mehrheit der Ausländer, eben weil die BRD kein Einwanderungsland sein will. Fritz Franz stellte fest, daß „das Festhalten an den Kontrollmechanismen der Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis gegenüber Eingewanderten nicht gerechtfertigt werden" könne. (21)

Die BRD ist seit dem 1.1.1970 aufgrund der VO 1612/68 des Rates der Europäischen Gemeinschaft für die Arbeitskräfte, die aus EG-Staaten stammen, zumindest, was Aufenthalt und Arbeit angeht, ein Einwanderungsland geworden. Sie können kommen und gehen, wann sie wollen. Als Folge des Inkrafttretens der vollen Freizügigkeit ist der Anteil der Italiener, die den Hauptteil der EG-Arbeitskräfte in der BRD ausmachen, sprunghaft gesunken. Waren 1968 noch 28% der ausländischen Bevölkerung Italiener, so sind es 1982 nur noch 13%. (Zum Vergleich: 1960 waren es 44%)

An die Stelle der Italiener traten seit 1969 Jugoslawen und vor allem Türken. 1968 stellten sie noch zusammen 23,5% der ausländischen Bevölkerung, 1970 dagegen schon 39% und seit 1974 zwischen 46 und 47%. Die mehr oder weniger rechtlosen Arbeitskräfte aus den sogenannten Dritt-Ländern waren den westdeutschen Konzernen offensichtlich lieber. Deswegen haben sie sich auch erfolgreich dagegen gewehrt, daß bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte EG-Arbeitskräfte den Vorrang genießen sollten (22). Die Herstellung der Niederlassungsfreiheit für Arbeitskräfte im Rahmen der EG war eine Konzession, um die ungehinderte Niederlassung des westdeutschen Kapitals in den EG-Ländern und den ungehinderten Warenexport zu ermöglichen. Ende September 1982 stammten nur 26% der Ausländer aus EG-Staaten, dagegen allein 2,2 Mio (47,4%) aus der Türkei, (1,6 Mio bzw. 33,9%) und Jugoslawien (631000 bzw. 13,5%) (23)

Das bedeutet, daß für den größten Teil der Ausländer der Masse der ausländischen Arbeiter heute trotz aller Sozialsprüche eben doch nichts anderes ist als Konjunkturpuffer, als mobile industrielle Reservearmee. Kurz nach der Verabschiedung des Ausländergesetzes schrieb das Organ des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitbeitgeberverände: „Der große Wert der Ausländerbeschäftigung liegt darin, daß wir hiermit über ein mobiles Arbeitskräftepotential verfügen. Es wäre gefährlich, die Mobilität durch eine Ansiedlungspolitik größeren Stils einzuschränken." (25)

Dieses Interesse der Industrie an Extraprofit steht als Leitmotiv über der Ausländerpolitik aller Bundesregierungen. Die BRD soll kein Einwanderungsland sein, weil rein auf ihre Ware Arbeitskraft reduzierte „Gast"-Arbeiter natürlich billiger sind als mit „Folgekosten für Kinder und Familie, eventuelle Arbeitslosigkeit und Alter behaftete Einwanderer.

Gegenüber Einwanderern würden die Pläne Zimmerwürden die Pläne Zimmermanns nicht verfangen, der Ausländer Bezug von einem Jahr Arbeitslosengeld wieder zurückjagen will. Gegenüber Einwanderern wäre es undenkbar, daß Sozialhilfebezug eine „Kontrollmechanismus" Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis noch gilt.

Dieser ist nur für eine Minderheit der Ausländer aus Nicht-EG-Staaten eingeschränkt.

In Bezug auf den Aufenthalt hatten 1981 30458 Ausländer die Aufenthaltsberechtigung als weitestgehenden Schutz des Aufenthalts. Darunter waren 11339 Türken und 3695 Jugoslaven d.h. 0,7% der Bürger dieser beider Staaten). Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis, die jederzeit wieder befristet werden kann, besaßen 395000 Türken und Jugoslawen (18% der Bürger dieser beiden Staaten).

Nur 14,2% der Türken bzw. 15,2% der Jugoslawen hatten eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. 40,2% der Türken und 35,4% der Jugoslawen hatten nur eine auf den Betrieb oder Industriezweig bezogene auf ein oder zwei Jahre befristete Arbeitserlaubnis (24).

Nichts zeigt deutlicher als diese dürren Zahlen, daß die „Beeinträchtigung der Belange der BRD" ist (so BVerwG vom 5. Mai 1982 1 C 86.78), daß behinderte, alte oder psychisch kranke Ausländer ausschließlich aus Kostengründen aus der BRD vertrieben werden können.

Der Sozialabbau als eine Methode, den Staatshaushalt für Subventionen und Rüstungsausgaben freizuschaufeln, wird gegen Ausländer noch krasser mithilfe des Ausländergesetzes durchgesetzt. Hier formulierte der Deutsche Industrie- und Handelstag die Grundlinie, „für Nicht-Integrationsfähige die Aufenthaltserlaubnis auslaufen zu lassen und damti ihre Rückkehr zu erzwingen." (Frankfurter Rundschau vom 3.12.1982) Besonders stark wird zur Jagd auf Türken geblasen, die ja laut dem eh. Referenten beim BDI, Dregger, überwiegend nich integrationsfähig sein sollen.

Die BRD soll auch deshalb kein Einwanderungsland werden, weil sonst die Arbeiterschaft politisch gestärkt würde. Heute sind knapp 20% der Industriearbeiter politisch völlig entmündigt. Die gewollte Rechtsunsicherheit der Ausländer schwächt auch den gewerkschaftlichen Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und trifft damit auch die deutschen Arbeiter und Angestellten. „Der Ausschluß vom politischen Willensbildungsprozeß ... kann gegenüber Eingewanderten nicht aufrechterhalten bleiben, denn Eingewanderte gehören zur demokratischen Gesellschaft." (26)

Die Anerkennung der BRD als Einwanderungsland ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß ausländische und deutsche Arbeiter in rechtlicher Hinsicht völlig gleichgestellt werden. Die Nichtanerkennung der BRD als Einwanderungsland dient dazu, die Arbeiterschaft politisch zu unterdrücken, zu spalten und aus einem Teil der Arbeiter besonders hohe Profite herauszuholen. Das, und nicht etwa die Tatsache, daß wir „dichtbesiedelt" sind, sind die Ursachen, warum wir kein Einwanderungsland sein sollen.

Die Anerkennung der BRD als Einwanderungsland wirft zwangsläufig die Frage auf, ob den Eingewanderten die deutsche Staatsbürgerschaft „verliehen" werden soll. In den klassischen Einwanderungsländern erhielten die Einwanderer nach einer bestimmten Frist automatisch die neue Staatsbürgerschaft. Es besteht kein Zweifel, daß unter den heutigen Bedingungen die deutsche Staatsbürgerschaft nicht geeignet ist, die volle rechtliche Gleichstellung der Ausländer zu erreichen. Vor allen Dingen deshalb, weil sie an die Bedingung der Assimilierung geknüpft ist, deswegen für die Arbeiter der Anwerbestaaten völlig unattraktiv. Von 1976 bis 1980 haben z.B. nur 1600 Türken die Einbürgerung erhalten.

Besonders durch das Memorandum des damaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Heinz Kühn, aus dem Jahre 1979 (27), ist eine Tendenz stärker geworden, einerseits die BRD faktisch als Einwanderungsland anzuerkennen, andererseits aber für die ausländische Bevölkerung den Aufenthalt verschieden zu „verfestigen", auf jeden Fall überwiegend nicht bis zur völligen rechtlichen Gleichstellung. Diese Konzession an die Entwicklung ist zunächst positiv, reicht aber nicht aus und entspricht nicht den langfristigen Erwartungen der Arbeiter. Z.B. wird durch den Vorschlag, die Ausländer der zweiten Generation einzubürgern, die Rechtsunsicherheit auch innerhalb der Ausländer verstärkt. Oder der Vorschlag, alle Ausländer den EG-Arbeitskräften gleichzustellen, klammert die politische Entrechtung aus. Immer stärker diskutiert wird daher die doppelte Staatsbürgerschaft als Mittel der Gleichstellung (28) Unserer Meinung nach entspricht sie der Tatsache am besten, daß die BRD für die heute hier lebenden Ausländer zum Einwanderungsland geworden ist. Sie wäre nicht an die Assimilierung geknüpft, d.h. keine Eindeutschung, und sie schließ die Rückkehr, wenn sie von den ausländischen Arbeitern gewünscht wird, nicht aus, da diese die alte Staatsbürgerschaft behalten können. Wenn die heute hier lebenden Ausländer nach einer kurzen Frist automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten würden, wären sie endlich gleichgestellt. Gerade in der heutigen Situation, in der die Lasten der Krise ausschließlich auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden, würde das die Kampfbedingungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entscheidend verbessern. Von daher ist es auch klar, daß ein solches Ziel auf den entschiedenen Widerstand all derjenigen Kräfte stoßen muß, die an der zusätzlichen Ausbeutung und politischen Unterdrückung ausländischer Arbeiter ein materielles Interesse haben. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es unverzichtbar, alle Möglichkeiten des bestehenden Ausländergesetzes zu einer Verfestigung des Aufenthaltes v.a. die Aufenthaltsberechtigung zu nutzen.

Wanderrepublik Deutschland

Von G. Aparicio

In der Bundesrepublik Deutschland liegen
die Eifel, das Allgäu
und die Lüneburger Heide
allesamt herrliche
Wandergebiete:
Die BRD ist also
ein Wanderungsland.

Die Bundesrepublik Deutschland liegt
an der Nahtstelle zwischen
dem Ostblock und dem Westblock: die BRD ist deswegen
ein Gratwanderungsland.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt
eine stabile Demokratie
die sich von Chaoten
Kommunisten und Grünen
nicht unterwandern läßt:
Die BRD ist wohl
kein Unterwanderungsland.

In der Bundesrepublik Deutschland leben
mehr als vier Millionen Einwanderer:
Die BRD ist
trotzdem
kein Einwanderungsland.

ANMERKUNGEN

1. Heiner Geißler (Hg.), Ausländer in Deutschland — Für eine gemeinsame Zukunft Bd. II Perspektiven, München 1983, S. 51
2. Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zur Ausländerpolitik vom 6.9.1983, Informationsdienst DGB vom 28.9.1983
3. Fritz Franz, Vom Einwanderungsland, das keins sein will, in: Deutsch lernen 4/79, S. 51
4. in: Geißler, a.a.O. S. 31
5. in: Geißler, a.a.O. S. 34
6. vgl. Hakki Keskin, Die Türkei, Berlin 1981
7. in: Geißler, a.a.O. S. 51
8. Rudolf Haug, Herbert Küster, Wie sicher ist ein Ausländer in der Bundesrepublik, Berlin 1983, S. 13
9. Wirtschaft und Statistik 1/1983
10. in: Geißler, a.a.O. S. 51
11. Statistisches Jahrbuch 1983
12. Frauke Decker, Ausländer im politischen Abseits, Frankfurt 1982, S. 20
13. cappenberger Gespräch, Ausländerpolitik im Zielkonflikt, Köln 1982, S. 58
14. Fritz Franz, a.a.O. S. 50f
15. Hermann Korte, Einbürgerung oder Auswanderung, in: Wolfgang S. Freund, Gastarbeiter, Neustadt 1980, S. 51
16. Franz, a.a.O., S. 52
17. Fritz Franz, Politische Mitbestimmung für Ausländer — Ein Demokratiegebot, in: Deutsch lernen 3/79, S. 67
18. Knuth Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Königstein 1981, S. 74f.
19. zitiert nach Dohse, . a.a.O., S. 127
20. Haug, a.a.O. S. 48
21. Fritz Franz, Politische Mitbestimmung a.a.O. S. 67
22. Lothar Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland, Berlin 1970, S. 28ff.
23. Haug, a.a.O. S. 12
24. Situation ausländischer Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen in der BRD, Schriftenreihe des BuMin. für Arbeit und Sozialordnung Bd. 50, Bonn 1981
25. Der Arbeitgeber 6/1966, S. 138
26. Franz, Politische Mitbestimmung, a.a.O. S. 67
27. Karl-Heinz Meier-Braun, „Gastarbeiter" oder Einwanderer, Frankfurt 1980
28. Haris Katsoulis, Bürger zweiter Klasse, Frankfurt 1978, demnächst bei Express edition Berlin 1984 und Frauke Decker, a.a.O.

Meldungen

Indien:

Über 50000 Festnahmen

Als Reaktion auf rechtswidrige Absetzungen von Provinzregierungen durch die indische Zentralregierung von Neu Delhi haben 14 Oppositionsparteien zum Generalstreik aufgerufen. Letzter Anlaß war die Absetzung des Chefministers (Regierungschef) Nandamuri Rama Rao, in der Provinz Andrah Pradesh. Rama Rao, Führer einer der größten Oppostionsparteien gegen die Kongreß-Partei Indira Gandhis, war durch einen Sympathisanten Gandhis ersetzt worden. Er mußte allerdings schon wenige Tage später wieder zurücktreten. Der Streikaufruf der mittlerweile sehr breiten Opposition gegen die korrupte und sich kaum noch an ein Gesetz haltende Gandhi-Regierung wurde in fast allen Landesteilen massenhaft befolgt. Im südindischen Unionsstaat Tamil Nadu mit der Hauptstadt Madras wurden am vergangenen Samstag allein 50000 Demonstranten festgenommen. Die offiziellen indischen Nachrichtenagenturen sprachen von 52000 Festnahmen, die Opposition schätzt, daß mehr als 200000 Menschen verhaftet wurden.

Hintergrund dieser Terrorkampagne ist der Versuch der Regierung Gandhi und der herrschenden Kongreß-Partei, die Opposition vor den geplanten Wahlen noch in diesem Jahr zu zerschlagen. Der große Streik gegen die Regierung soll noch die ganze Woche bis zum 1. September anhalten.

Kolumbien:

Friedensvertrag mit Guerilla

Trotz Störmanöver der Militärs von der kolumbianischen Armee sind in der vergangenen Woche Friedensverträge der Regierung Kolumbiens mit den wichtigsten bewaffneten Guerillaeinheiten unterzeichnet worden. Sowohl die M-18-Bewegung (Bewegung des 19. April) als auch die EPL, Volkbefreiungsheer, bewaffneter Arm der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten und die Guerillabewegung FARC, die zur moskautreuen KP gehört, haben im Rahmen großer öffentlicher Feierlichkeiten die Waffen niedergelegt. Der Friedensvertrag beinhaltet ein Begnadigungsgesetz, die Änderung des Wahlgesetzes und der Landreform sowie ein ganzes Paket politischer Reformen. Weiter wird über einen Vorschlag von M-19 und der EPL über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung in direkter Wahl diskutiert.

Zum Paket politischer Reformen gehören vor allem neue Bestimmungen, um kleinen oppositionellen Parteien bessere Chancen bei den Wahlen zu geben, Garantien für die Sicherheit von Oppositionspolitikern und eine Reform des Pressewesens durch ein „Informationsstatut".



Kämpfer der EPL

Erster Todestag von Benito Aquino

Massiver Widerstand gegen das Marcos-Regime

Aufschwung des bewaffneten Kampfes

Auf den Philippinen haben ein Jahr nach der Ermordung des Oppositionsführers Aquino in der Hauptstadt Manila und vielen Landesteilen große, machtvolle Demonstrationen stattgefunden. Sie waren Höhepunkte einer immer breiter werdenden Oppositionsbewegung gegen das Regime des Diktators Marcos. Der Widerstand — von bürgerlich-kapitalistischen Kreisen, die lediglich für ein „sauberes" kapitalistisches System eintreten bis hin zu den wiedererstarkten bewaffneten Einheiten der „Neuen Volksarmee" — bringt die Diktatur in immer größere Schwierigkeiten.

Die Absicht des Marcos-Regimes, durch die Ermordung des Oppositionsführers der Widerstandsbewegung die Führung zu nehmen, ist in ihr Gegenteil umgeschlagen. Schon in den ersten Tagen nach dem feigen Mord auf dem Flughafen von Manila kam es zu massenhaften Protesten. Bis heute ist noch kein Beweis dafür erbracht worden, daß es nicht von Marcos gedungene Mörder waren, die Aquino umbrachten. Im Gegenteil, die Untersuchungen und Zeugenaussagen sprechen eindeutig dafür.

Das philippinische Volk hat sich von diesem Anschlag nicht einschüchtern lassen, es ist vielmehr zu verstärkten Aktionen gegen die Diktatur übergegangen. Als sich Diktator Marcos dann — um das ramponierte Ansehen seines Regimes aufzupolieren — zu Wahlen „herabließ", hat er eine empfindliche Schlappe erlitten. Trotz immenser Wahlbetrugsmanöver kamen soviel Oppositionsabgeordnete wie noch nie durch. Und das, obwohl die Opposition sich in der Wahlfrage gespalten hatte. Ein Teil bildete ein breites Bündnis gegen die Diktatur, ein anderer rief zum Wahlboykott auf. Auch nach den Wahlen aber, sind die Kontakte zwischen den Kräften, die eine Wahlteilnahme befürworteten und denen, die für Boykott waren, nicht abgerissen.

Im Verlauf der Konsolidierung der Opposition hat auch die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) große Erfolge errungen und ist zu einer der stärksten kommunistischen Organisationen in kapitalistischen Ländern geworden. Der BWK berichtete in der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte" (Nr. 17/84) über die Aktivitäten der CPP. Wir zitieren im folgenden Auszüge aus diesem Artikel.

Ziel der CPP ist der Sturz der „US-Marcos-Diktatur" und der „imperialistischen, feudalen und bürokratisch-kapitalistischen Herrschaft auf den Philippinen" und die Bildung einer Regierung „aller demokratischen Klassen und Kräfte". Nach Angaben des ZK der CPP konnten die philippinischen Kommunisten von 1980 bis Ende 1983 ihre Mitgliederzahl von 10000 auf 30000 vergrößern, fünf neue Regionalorganisationen aufbauen, 17 neue Guerillafronten eröffnen und die Zahl der NPA-Kämpfer von 8000 auf 20000 steigern.

Ihr Einfluß in den Landgebieten beruht auf ihrer Unterstützung der Interessen der armen Bauern und Landarbeiter. Die meisten Bauern sind Pächter, die den Großgrundbesitzern 50 Prozent — und falls diese Saatgut und Dünger stellen — 70 bis 80 Prozent der Ernte abliefern müssen. Ein öffentliches Gesundheitswesen gibt es auf dem Lande nicht, und jede Krankheit bringt die Bauern tiefer in die Schuldknechtschaft. Die Großgrundbesitzer kassieren von ihren Pächtern Zinssätze bis zu 20 Prozent je Woche; ein Bauer, der im Frühjahr 1 kg Reis leiht, muß nach der Ernte 25 kg Reis zurückzahlen. Die Kader der CPP fördern den Zusammenschluß der Pächter unter Forderungen nach Senkung der Pacht und der Zinsen auf 6 Prozent jährlich. Außerdem gewähren die CPP-Kader und Kämpfer der Neuen Volksarmee den Bauern Schutz gegen die häufigen Übergriffe der Söldnerarmee des Marcos-Regimes und bestrafen besonders ausbeuterische Großgrundbesitzer und deren Agenten.

Die Guerillakämpfer der Neuen Volksarmee haben ihre stärksten Bastionen auf den Inseln Samar, Mindanao und Luzon. Auf Samar konnte die Neue Volksarmee z.B. in den Landgebieten verhindern, daß die Armee und örtliche Funktionäre der Marcos-Partei KBL die Wahlfarce vom 14. Mai überhaupt durchführen konnten. Auf Mindanao, das von US-Monopolen und philippinischen Agrarkonzernen mit Bananen-, Ananas-, Kokos- und Palmölplantagen überzogen ist und wo die Landarbeiter unter Elendsbedingungen vegetieren, haben die Kommunisten in den ersten fünf Monaten des Jahres nach einer Statistik der philippinischen Armee 39 Streiks, Demonstrationen und andere Massenaktionen organisiert; nach Aussagen der philippinischen Armee wächst der Einfluß der Revolutionäre gegenwärtig vor allem unter dem Kleinbürgertum. In Davao City, Millionenstadt auf Mindanao und der drittgrößte Hafen der Philippinen, führt die Neue Volksarmee täglich Angriffe auf Armee- und Polizeiposten durch. Auf Mindanao ist es der Neuen Volksarmee inzwischen auch gelungen, unter der islamischen Minderheit Fuß zu fassen und mit deren Befreiungsbewegung Moro National Liberation Front MNLF zusammenzuarbeiten.



Präsident Marcos hatte die Einführung des Kriegsrechts 1972, das im Januar 1981 nur teilweise aufgehoben wurde, die Beibehaltung seiner diktatorischen Vollmachten, die Verdoppelung der Zahl der Streitkräfte in den letzten zwölf Jahren und jede einzelne Terrormaßnahme mit der kommunistischen Bedronung gerechtfertigt. Auf der anderen Seite war Marcos stets bemüht, den Einfluß der CPP und der Neuen Volksarmee herunterzuspielen — schon allein, um die imperialistischen Gläubiger, Investoren und Geschäftspartner der philippinischen Kompradorenbourgeoisie ruhig zu halten. Bis 1983 hatte das Regime die Lage in den großen Städten tatsächlich unter Kontrolle, während die Hauptstärke von CPP und Neuer Volksarmee in den Landgebieten lag. Mit der drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im letzten Jahr und mit der politischen Krise des Regimes im Gefolge der Ermordung des Oppositionsführers Aquino durch gedungene Killer des Regimes im letzten Herbst nahm der Kampf in den Städten aber einen enormen Aufschwung; die Front gegen das Marcos-Regime und den US-Imperialismus gewann Einfluß unter den Kleinbürgern und der nationalen Bourgeoisie, und die CPP hatte mit ihrer Einheitsfrontpolitik große Erfolge.

So demonstrierten im November 1983 15000 Geschäftsleute, Büro- und Bankangestellte im Finanzdistrikt Makati der Hauptstadt Manila gegen das Marcos-Regime; die Aktion war mitorganisiert von der Nationalen Demokratischen Front, einer von der illegalisierten CPP unterstützten Einheitsfrontorganisation. Zahllose Streiks, von denen viele mehr als zwei Wochen dauerten, legten im ersten Halbjahr 1984 Fabriken, Büros und Banken in den Millionenstädten Manila und Davao City lahm; unter den bestreikten Betrieben waren Filialen japanischer, amerikanischer und auch westdeutscher Konzerne (Rubberworld-Adidas). Die Streiks gingen um höhere Löhne angesichts einer Preissteigerung von 50 Prozent im ersten Halbjahr 84 und gegen Betriebsstillegungen oder Massenentlassungen, die die Kapitalisten aufgrund der desolaten Wirtschaftslage vornahmen.

Die CPP hat den bewaffneten Kampf inzwischen auch auf die Hauptstadt ausgedehnt. Prominentestes Opfer: der Brigadegeneral und Kommandeur von Nord-Manila Karingal, der von Kämpfern der Neuen Volksarmee in einem Restaurant erschossen wurde, weil seine Truppen im April auf streikende Arbeiter geschossen und dabei zwei ermordet hatten.

19 britische Häfen im Streik

Solidarität mit den Bergarbeitern

Der britische Bergarbeiterstreik dauert jetzt schon über 24 Wochen. Ungebrochen steht die Streikfront, in dieser Woche wird sie massiv von den Dockern, den Hafenarbeitern unterstützt.

Gegen den Einsatz von unorganisierten Arbeitern, die im Auftrag der staatlichen Stahlgesellschaft Kohle für ein Stahlwerk in Schottland entladen sollen, haben die Hafenarbeiter Front gemacht. Mit dem Streikaufruf verhindern sie, daß die Kampfmaßnahmen der Bergarbeiter unterlaufen werden.

Am vergangenen Wochenende ruhte in 19 der wichtigsten britischen Häfen die Arbeit. Zunächst hatten die Docker in den zwölf bedeutendsten Häfen Schottlands die Arbeit niedergelegt, danach folgten die Hafenarbeiter aus Liverpool, London und Hull.

In dieser Woche sollen die Arbeiter in weiteren Häfen, darunter dem wichtigen Hafen von Dover darüber entscheiden, ob sie mitstreiken. Vor wenigen Wochen hatte eine Streikaktion in Dover stattgefunden, die die wichtigsten Import- und Exportwege Englands lahmlegte.

Die Chefs von 14 Einzelgewerkschaften haben mittlerweile die britische Regierung aufgefordert, unverzüglich Verhandlungen mit der Bergarbeitergewerkschaft aufzunehmen, die mit ihrem Kampf die Schließung von 20 Zechen und den Abbau von 20000 Arbeitsplätzen verhindern will. Die britischen Bergleute brauchen unsere Solidarität. Hier unser Spendenaufruf zur Unterstützung ihres Kampfes:

Helle Empörung hat weltweit die Enthüllung hervorgerufen, daß die britische Regierung während des „Falkland-Kriegs" den Einsatz von Atomwaffen erwogen und geplant habe. Im Kampf um die Malvinen-Inseln, die zu Argentinien gehören und seit den Zeiten des großen britischen Kolonialreiches besetzt sind, war den britischen Imperialisten und ihrem Oberhaupt, der Premierministerin Maggie Thatcher, jedes Mittel Recht, um von inneren Schwierigkeiten abzulenken und alte Großmachtansprüche aufrechtzuerhalten. Eine europäische Regierung, die Atomwaffenangriffe auf fremde Länder plant — der Krieg ist oft näher als man denkt.

Spenden

(als Scheck oder Postanweisung) an:
National Union of Mineworkers (Kent Area), Miners Office account 30131703, Waterside House, Cherry Tree Avenue, Dover CT 16 2 NJ, England, oder an Verlag RM, Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290, (BLZ 44050199) Stichwort „Bergarbeiter"

Nicaragua vor den Wahlen

Innenpolitisch brisante Lage

MANAGUA. — Wenige Monate vor den Wahlen, die im November stattfinden sollen, gibt es für die sandinistische Regierung eine ganze Reihe innenpolitischer Probleme. Unter den Bedingungen eines faktischen Kriegszustandes an den Grenzen, hat sie einerseits mit der destruktiven rechten Opposition zu tun, andererseits mit vielen gerechten Forderungen der Arbeiter und des Volkes.

Die Präsidentschaftswahlen und die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung war eine der Forderungen der rechten Opposition. Nach dem Ansetzen des Wahltermins gingen vor allem die in der „Coordinadora Democratica" auf Konfrontationskurs. Ihr Wahlboykott, der dazu führen soll, daß im Ausland behauptet werden kann, es gäbe dort keine freien Wahlen, hat für diese Parteien jetzt Folgen. Innenminister Tomas Borge hatte schon vor Wochen angekündigt: *„Wer die Wahlen boykottiert, hat bei den Wahlen nichts verloren."* So haben jetzt drei Parteien ihren Status verloren. Es handelt sich um die rechtsgerichteten Parteien mit den Namen Partido Socialcristiano, Partido Socialdemocrata und die Partido Liberal Constitucionalista. Freie Wahlen wird des trotzdem geben, im November treten immerhin sieben Parteien an, von konservativen Kräften bis hin zur marxistisch-leninistischen MAP-ML. Der sicher bald auftauchende Vorwurf, daß die o.g. Rechten nicht zu wählen seien, sind sie selbst schuld, die Chance war ihnen gegeben worden. Bestimmt hatten sie nur Angst vor einer Riesenblamage nach der Wahl.

Mit Beginn der Wahlkampagne war unter anderem auch das Streikverbot in Nicaragua aufgehoben worden. In Managua, der Hauptstadt, kam es auch prompt zu einem brisanten Arbeitskampf. Die Regierung, die eine neue Lohnskala beschlossen hatte, um die Löhne in staatlichen und privaten Betrieben anzugleichen, geriet in Konflikt mit den Arbeitern der staatlichen Brauerei von Managua. Dort streikte man, einmal weil die Lohnerhöhungen zu gering waren, andererseits war abzusehen, daß die Neuberechnung der Löhne Monate in Anspruch nehmen würden. Die Brauereiarbeiter forderten je nach ihrem bisherigen Verdienst Lohnerhöhungen von 100 Prozent für die schlechterverdienenden, über 75 Prozent für andere bis zu 50 Prozent für die relativ besser verdienenden. Unterstützt wurde der Streik von den Arbeitern anderer Betriebe aus dem Getränkesektor, die auch eine Solidaritätsdemonstration mit über 200 Getränke-LKW organisierten. Die Arbeiter der „Victoria-Brauerei" besetzten auch ihren Betrieb.

Die Regierung, hier konkret das Arbeitsministerium, fuhr schweres Geschütz gegen die Arbeiter auf. Der Arbeitsminister Benedicto Meneses kam persönlich in den Betrieb und drohte, den Streik für illegal erklären zu lassen, was Entlassungen zur Folge haben könnte. Lohnerhöhungen seien nur in dem von der Regierung abgesteckten Rahmen möglich. Nach einer Belegschaftsversammlung beschlossen die Arbeiter, die Besetzung aufzugeben und den Streik zu beenden. Jetzt wird über neue Löhne mit dem Arbeitsministerium verhandelt. Ein Arbeitervertreter in der Verhandlungskommission sagte auf die Frage, was passieren würde, wenn man sich dort nicht einigen könne: *„Ich weiß nicht, wie die Arbeiter reagieren werden. Vielleicht geht der Streik wieder los."*

In bester „Wallraffscher Schule": Eine bundesdeutsche Enthüllungsstory

„DAS MILLIARDENDING"

„Die beiden Herren in den dunkelblauen Anzügen kamen von der Duisburger „Unternehmensberatung S/S & M". Im Auftrag eines großen US-Konzerns suchten sie einen Standort für die Ansiedlung eines geplanten Zweigbetriebes in Mitteleuropa. Sie brauchten nicht lange zu warten.

Im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium wurden sie bereits von Ministerialrat Heinz Brinkmann erwartet. Brinkmann erwies sich als ausgesprochen kooperativ und entscheidungsfreudig. „Sagen Sie mir, wo sie Gelände haben wollen, zack, haben Sie's. Wollen Sie es schriftlich: da ist Schreibpapier", versprach er. Und weiter: „Sagen Sie: Ich möchte eine Zusage haben, daß ich Geld kriege, dann sage ich: Schreibkraft her, das mache ich". Nach anderthalb Stunden war man sich einig. Mit einer Zusage über direkte und indirekte staatliche Subventionen für ihren Auftraggeber in Höhe von 2,4 Milliarden Mark verabschiedeten sich die beiden „Kapitalvertreter".

Die Zusage gibt es wirklich. Und das Gespräch im Wirtschaftsministerium hat auch tatsächlich so stattgefunden. Nur wußte Ministerialrat Brinkmann damals noch nicht, daß weder die Duisburger „Unternehmensberatung S/S & M" noch ihr angeblicher Auftraggeber aus den USA existieren. Und daß die beiden seriösen Herren auch keinesfalls im Auftrag der Großindustrie tätig waren."

So beginnt ein starkes Buch, das seit wenigen Tagen auf dem Markt ist. „Das Milliardending — Minister Multis Moneten". Das Buch enthüllt, wie unter Umgehung gesetzlicher Bestimmungen Minister und Ministerialbürokratie der Großindustrie Subventionen in Milliardenhöhe aus Steuermitteln zur Verfügung stellen. Umweltzerstörung und selbst krebserregende Schadstoffe, die Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedrohen, werden lässig in Kauf genommen. Millionen Quadratmeter bestes Industriegelände hatten Stadtdirektoren und Ministerialbeamte kostenlos angeboten, Strom, Wasser und Gas fast geschenkt, Hunderte von Millionen Mark als verlorene Zuschüsse für den Bau einer fiktiven Fabrik, Entgegenkommen wurde zugesagt, falls bei dem „geplanten" Chemiewerk Umweltschäden zu erwarten seien. Dem agierenden „Unternehmensberater Dr. Seefelder" werden zusätzlich noch Provisionen in Millionenhöhe zugesichert.



Der „Dr. Seefelder von der „Unternehmensberatung S/S & M" mit einem Mitarbeiter und seinem Dienstwagen.

Mit ganz einfachen Mitteln gelang es den Autoren, die Behörden zu geheimen Gesprächen und vertraulichen Verhandlungen zu bewegen. Ihr Köder: Für 3,3 Milliarden Mark solle ein Industrieobjekt mit 2000 Arbeitsplätzen angesiedelt werden. Die Autoren, der Leiter der DKP-Umweltschutzkommission, Dr. Jörg Heimbrecht und der UZ-Redakteur Otmar Steinbicker hatten nämlich einfach eine Scheinfirma gegründet und konnten danach ganz leicht hinter die Kulissen des Staatstheaters blicken. Günter Wallraff schreibt in seinem Vorwort zu der Story: *„Die Methode, der sich Jörg Heimbrecht bediente, erinnert an den arbeitslosen Schuster Wilhelm Voigt, der in Hauptmann-Uniform in das Rathaus von Köpenick marschierte und die Stadtkasse requirierte."* Nur, daß heute nicht mehr die militärische Uniform alle Türen öffnet, sondern die aktuellen Zeichen von Macht: dunkler Anzug, Samsonite-Köfferchen und ein dunkler 50000-DM-Mercedes-Benz Dies und ein selbstgemachter Briefkopf reichten aus, um sich — ungesetzliche — Zusagen über Milliardensubventionen zu besorgen.

Entschuldigen werden sich alle die Entlarvten aus den kommunalen- und Landesbehörden damit, daß sie für Arbeitsplätze eben alles zu tun bereit sind. Doch allein ein einziges Beispiel aus letzter Zeit zeigt schon, wie unglaubwürdig das ist. Die aus Steuermitteln geförderte Verlegung der Zigarettenfabrik Brinkmann von Bremen nach Westberlin hat in Sachen Arbeitsplatzbeschaffung folgendes Ergebnis: Die Produktionsstätte für die Marke „Lord extra" wurde nach Westberlin verlegt. Hier entstanden — steuerbegünstigt und subventioniert — 49 Arbeitsplätze. In Bremen allerdings wurden 350 vernichtet. Und die weitere Verlegung von Produktionsstätten von Brinkmann schafft in Westberlin 100 Arbeitsplätze. In Bremen werden 1000 Arbeitsplätze vernichtet. Staatliche Subventionen, Steuergelder für Arbeitsplatzvernichtung. Die Milliardengeschenke, vom Stückchen Kanal, einem Quadratkilometer Bauland, einem Hochseehafen, fast geschenktem Strom oder direkten Geldzuwendungen, die sich die Firma „Unternehmensberatung S/S & M" zusichern ließ, zeigen deutlich, wie der Staat mit den immensen Steuermitteln — die zum überwiegenden Teil von Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden, umgeht: **Während das Geschrei groß ist, daß für Sozialleistungen, für die Arbeitslosen, für Rentner, Schüler und Studenten nichts da sei, kriegen's die Konzerne in den Hintern geblasen.**

Das Buch



Jörg Heimbrecht: Das Milliardending, Minister Multis Moneten. Mit einem Vorwort von Günter Wallraff, Pahl Rugenstein Verlag, 180 Seiten. Zu bestellen: RM-Verlag, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Preis 14,— DM plus Versandkosten.

Günter Wallraff: „Ein Lehrstück"

Günter Wallraff, der mit seinen einschlägigen Erfahrungen in Sachen Enthüllungsjournalismus die Autoren des Buches beraten hat, schreibt in seinem Vorwort zu „Das Milliardending" u. a.:

Ein prägnantes Beispiel (...) gibt der „Beauftragte für Wirtschaftsförderung der Stadt Peine", der als früherer Manager in der „freien Wirtschaft" deren Praktiken kennt und durchschaut hat. Er weiß, daß die Konzerne die Bedingungen für Industrieansiedlungen diktieren — und nicht die Kommunen bzw. Länder, die dafür Areale zur Verfügung stellen:

„Die Schizophrenie liegt einfach darin, daß die Anbietermärkte für neue Arbeitsplätze schrumpfen, und genau davon profitieren sie ja. Sollte man auch ruhig ausnutzen, ganz klar!"

Ebenso klar ist, daß er dem vorgeblichen „Unternehmensberater", dem Autor dieses Buches, ein Angebot in Millionenhöhe ankündigt, für den Fall, daß der „Auftraggeber" dauerhafte Arbeitsplätze in Peine schafft. Auch dieser Mann handelt „verantwortungsbewußt", wenn er anbietet, die kleine „Flick-Gemeindekasse" für private „Zuwendungen" zu öffnen. Aber wer mit Hilfe von Schmiergeldern die Entscheidung für Industrieansiedlungen erkaufen will, ist nicht mehr souveräner Verhandlungspartner, sondern abhängig von der Industrie, ihr vollkommen ausgeliefert. Dahinter steckt nur jener typische Zynismus, der sich der Tragweite seines zweifelhaften Tuns durchaus bewußt ist.

Dieser Einzelfall ist übertragbar auf den gesamten Staat, der schon längst gekauft, korrumpiert, erpreßt und erpreßbar gemacht worden ist — von den eigentlichen Staatssouveränen, den Großkonzernen. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die Regierung in Bund und Ländern nur solche Entscheidungen treffen, die den Interessen der Großindustrie dienen. In dieser Hinsicht liest sich das Buch wie ein Lehrstück „Stamokap für Anfänger".

Eine beachtenswerte Initiative:
Kassettenprogramme für ausländische Mitbürger

Der 1978 entstandene Verein *Kassettenprogramme für ausländische Mitbürger e.V.* bietet nicht nur seinen Mitgliedern eine interessante Palette von Tonkassetten an, die für ein besseres Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern sorgen und gute Hilfsmittel für Initiativen im Bereich der Ausländerarbeit darstellen. Das Medium Kassette erfreut sich bei den ausländischen Mitbürgern besonderer Beliebtheit. „Es ist kommunikativ, kommt dem an der mündlichen Überlieferung geschulten Denken südosteuropäischer Länder entgegen, und ist auch den unter Ausländern noch immer zahlreichen Analphabeten zugänglich", schreibt der Verein in einer Informationsbroschüre.

Das Programm der wirklich preiswerten Kassetten (im Schnitt 9,— DM pro Stück) umfaßt hauptsächlich Literatur- und Informationskassetten in türkischer und deutscher Sprache. Fortschrittliches Kulturgut aus der Türkei, für Kinder, Jugendliche und Erwachsene konzipiert, wird oft auf zweisprachigen Kassetten präsentiert. Neben dem — eigentlich sebstverständlichen, aber trotzdem seltenen — Angebot von guter Musik und Literatur in türkischer Sprache werden viele Kassetten zweisprachig produziert. Das hilft, Sprachbarrieren abzubauen und fördert die Kommunikation zwischen Deutschen und Ausländern.

Das Programm der Informationskassetten ist hauptsächlich in Hörspiel- oder Feature-Form gestaltet. Aufgelockert durch Musik und Sprachübungen wird Wichtiges über Alltag, über Rechte und Pflichten, über Bildungs- und Ausbildungswesen, über Gesundheitsfragen und anderes verbreitet. Als Beispiel sei hier die Informationskassette „Ausländerrecht" genannt, die in der Form eines Informationshörspiels zu u. a. folgenden Fragen Auskunft gibt: Grenzübertritt, Aufenthaltserlaubnis, Visum, Arbeitsaufnahme, Familiennachzug, Wartezeit, Arbeitserlaubnis für Jugendliche, Ausweisung, Rechtsbehelfe, Rechtsberatung.

Herausragend im Informationsprogramm: Kassetten vor allem für türkische Frauen, die oft am meisten abseits stehen vom gesellschaftlichen Leben, die größten Probleme mit dem Alltag hier haben. Eine türkische Kassette über Babypflege in den ersten Lebensmonaten, die in Form eines fiktiven Zwiegesprächs viele Fragen bis hin zur Familienplanung umfaßt. Ebenfalls in dieser Reihe erschienen, eine Kassette über Schwangerschaft und Geburt (in Türkisch) ferner eine





Kassette „Schulabgang, was nun?" in Deutsch und Türkisch zum Problem der Lehrstellensuche.

Obwohl die Kassetten in den ersten dreieinhalb Jahren insgesamt schon eine Auflage von 20000 erreichten, trägt sich der Verein, allein wegen der günstigen Preise der Kassetten schon — nicht allein vom Verkauf des Programms für ausländische Mitbürger. Ein deutschsprachiges Satire- und Literaturprogramm — von Autoren und Interpreten dem Verein kostenlos zur Verfügung gestellt — hilft der guten Sache weiter. In dieser Programmreihe gibt es ebenfalls für nur 9,— DM Kassetten mit Kaberettstücken von Dieter Hildebrandt und Gerd Ruge, von Jochen Steffen alias Kuddel Schnööf und vor allem vom bissig bösen Satiriker und Kabarettisten Siegfried Zimmerschied aus Passau. Zimmerschieds erstes Programm: Zwischenmenschen, Gotteslästerliches aus Passau in Niederbayern, sowie sein 90-Minuten-Programm **„A ganz miesa, dafeida, dreckiga Dreg san Sie" — Satirealitäten aus Passau** und **„Die Dritte" — Neue Satiren** sind für nur 9,— DM beim Verein zu haben.

Gründe genug für sicherlich viele RM-Leser, für Leute, die in Ausländerinitiativen, in Freundschaftskreisen arbeiten, oder sich einfach so für das Gebiet interessieren, sich mal ausführliche Informationen über den Verein zu bestellen. Der kostenlose Gesamtprospekt des Vereins — bei dem man mit 12,— DM im Jahr Mitglied werden kann (was aber für Bestellungen nicht vorgeschrieben ist) — kommt dann ins Haus. Hier die Adresse:

Kassettenprogramme
für ausländische Mitbürger e. V.
Oberanger 38/I
8000 München 2
Tel.: (089) 2603765

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.